



KDA

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

JOURNAL

Schwerpunkt

REGION

Ausgabe

#1

- 2** **Vorwort**
Gudrun Nolte-Wacker
- 4** **Arbeit schafft Heimat – Heimat braucht Arbeit**
Pastor Harald Schrader
- 6** **Sich behaupten – mit Pioniergeist, Charme und »Husum Spirit«**
Pastor Harald Schrader im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Messe Husum & Congress, Peter Becker
- 10** **Eine Landschaft im Wandel – die Menschen auch?**
Jochen Papke
- 12** **Vom Rand zur Mitte: die Region Lübeck**
Rüdiger Schmidt
»Mitarbeiterzufriedenheit nicht unterschätzen«
Rüdiger Schmidt im Gespräch mit dem Unternehmer Fritz Rüdiger Kiesel
Eine Region im stetigen Wandel
Gastbeitrag der SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriele Hiller-Ohm
- 16** **Das Brot teilen**
Heike Riemann
- 18** **Im »Sog der Metropolen« oder im »Krafffeld Ostseeraum«?**
Pastor Dr. Jürgen Kehnscherper
- 22** **Kirchenland und die Zukunft der Schöpfung**
Ulrich Ketelhodt
- 24** **Stille Tage zwischen den Meeren**
Pastor Oliver Stabenow
- 28** **Kommunen und Regionen: Handlungsfelder für eine Neue Wirtschaftsdemokratie**
PD Dr. Ralf Ptak
- 30** **Arbeit und Gesundheit in Europa**
Angelika Kähler
- 32** **So tickt die Generation Y**
Kerstin Albers-Joram im Gespräch mit dem Trendforscher Walter Matthias Kunze
- 34** **KDA-Team**
Kontaktdaten
- 36** **Impressum**



Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Journal richtet der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt sein Augenmerk auf die Region, das heißt, auf das Land, in dem die Menschen leben und arbeiten.

Es geht um Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg, die am Berufsleben teilhaben oder in ihrer Region auf der Suche sind, es geht um die Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich in diesen Bundesländern mit ihrem Betrieb angesiedelt haben oder sich niederlassen wollen. Welche Infrastruktur schafft gute Bedingungen für Unternehmen? Was brauchen die Menschen, um in »ihrer« Region gut zu arbeiten, zu leben und sich wohlfühlen?

Mit der Schule fertig und dann nichts wie weg: Für viele Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein trifft das zu. Alles ist besser als die ländliche Umgebung, mein Dorf, der Landkreis – alles öde und leer. Die jungen Menschen zieht es in die großen Städte, nach Hamburg und Berlin, oder lieber gleich ins Ausland. Sie folgen einem Trend, der die Stadt attraktiver und erfolgreicher erscheinen lässt als das ländliche Idyll.

Um die eigene Region attraktiv zu erleben, gibt es interessante Projekte in Schulen und Betrieben, die genau das verhindern sollen: die Flucht aus der Region, aus dem ländlichen Raum. Ein Projekt, das 2013 als »Ausgezeichneter Ort im Land der Ideen« prämiert wurde, hat mir besonders gefallen: Im Unterrichtsfach »Wirtschaft – Arbeit – Technik« lernen Schülerinnen und Schüler im brandenburgischen Wriezen unterschiedliche Berufsbilder und den Joballtag in einer strukturschwachen Region kennen. Sie befragen Familie und Bekannte, besuchen örtliche Ärztinnen, Kfz-Mechaniker, Landwirte, Künstlerinnen oder Feuerwehrleute. Auf diese Weise lernen sie mehr über die regionale Wirtschaft und können für sich selbst Arbeitsperspektiven vor Ort entdecken. In der Region zu bleiben heißt auch, sich stark zu machen für die Wirtschaft vor Ort, regionalen Produkten den Vorzug zu geben, in der Region die Zukunft mitzugestalten. Neuere Zahlen über Zu- und Abwanderungen in Mecklen-

burg-Vorpommern zeigen, dass immer mehr Menschen in ihre Region zurückkehren.

Das Leben in den Metropolregionen folgt einem anderen Trend. Die technologischen Innovationen der vergangenen Jahrzehnte wirken sich auf unser Berufs- wie Privatleben aus. Die Erosion von traditionellen Werten, von Sicherheiten, Lebensmodellen und Rollenmustern droht ein strukturelles gesellschaftliches Burnout zu verursachen. Im rapiden Wandel unserer Zeit verändert Arbeit ihr Gesicht. Ihre Transformation verläuft nicht reibungslos, hat Friktionen, fordert Opfer. Doch Arbeit ist für jeden von uns zu wichtig, um sie dem Sog des Wandels zu überlassen. Sie ist integraler Bestandteil unseres Lebens, und wir sollten die Frage stellen: Welche Auswirkungen hat die Transformation von Arbeit und Gesellschaft auf die Region, auf uns Menschen? Durch den technischen Fortschritt sind neue Arbeitsplätze entstanden. Menschen müssen heute vielleicht nicht mehr so viel arbeiten wie früher. Dass wir uns zu einer Wissensgesellschaft entwickeln, ist bekannt. Und auch, dass stupide und monotone Arbeit krank macht. Aber eine sich ständig verändernde Infrastruktur und wachsende Megastädte machen ebenfalls krank. Hier gedeihen Burnout und Stress. Was bleibt, ist Stabilität auf Zeit.

Die Menschen arbeiten in den großen Städten, wohnen mit den Kindern jedoch außerhalb der Metropolen. Hier ist die Umwelt gesünder, die Lebensbedingungen sind besser, das eigene Haus preiswerter und einfacher zu realisieren.

Das Konzept »Homeoffice« ist ein Versuch, günstige Lebensbedingungen außerhalb von Metropolen mit den Anforderungen der Berufswelt zu verbinden. So muss man weniger pendeln und kann familiäre Anforderungen besser vereinbaren. Für die Unternehmen ergeben sich unter anderem Einsparungen bei den Büro- und Infrastrukturkosten. Allerdings führt dies auch zu weniger Kontrollmöglichkeiten sowie zu einer Vereinzelung der Mitarbeiter. »Küchengespräche« finden nicht mehr statt, der »Flurfunk« kommt zum Erliegen. Kommunikation ereignet sich nur noch geplant – nicht mehr informell.

Doch in der Regel pendeln die Menschen noch zwischen Lebens- und Arbeitsort hin und her. Die dadurch verlorene Lebenszeit, die Zerrissenheit zwischen Wohn- und Arbeitsmittelpunkt wirkt sich allerdings stark auf die Lebensqualität der Menschen und die regionalen Wirtschaftskreisläufe aus.

Gekauft wird nach Feierabend in der Nähe des Arbeitsplatzes oder am Wochenende im Supermarkt auf der grünen Wiese, aber nicht mehr im Laden um die Ecke der Wohnung.

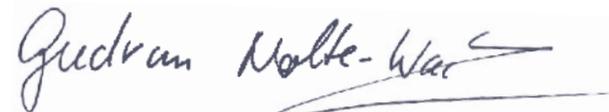
Doch die Stärkung des ländlichen Raumes, der Region, bedeutet den Menschen heute etwas. Sie haben erkannt, dass weite Transportwege nicht gut für die CO₂-Bilanz sind, dass Anlagen der Massentierhaltung und großindustriell produzierte Lebensmittel schlecht für die lokalen Wirtschaftskreisläufe sind.

Die Nähe zu den Erzeugern verringert die Anonymität. Das Geld, das man ausgibt, bleibt in der Region und kommt so auch einem selbst wieder zugute. »Die Vertrautheit mit der Region gibt den Menschen Sicherheit und schafft Sympathie für die Region« (Kontakt-Affekt-Phänomen¹). Das gleiche gilt für die Anbieter in der Region. Insbesondere dann, wenn sie den Verbrauchern persönlich bekannt sind, wird ihnen eher Vertrauen und Sympathie entgegengebracht als einem unbekanntem Anbieter. Nach einem neuen Bericht an den Club of Rome sieht es so aus, als würde der größte Teil der Weltbevölkerung zukünftig in Megastädten leben: »Die riesige Bevölkerung der Megastädte von 2052 wird zur globalen Gemeinschaft gehören. Trotzdem werden die meisten Menschen ihr Leben als Teil der örtlichen Gemeinschaft verbringen, die ihrem Leben einen festen Rahmen gibt. Die örtliche Gemeinschaft wird für die Stiftung einer gemeinsamen Identität immer wichtiger werden, wichtiger als die Megastädte selbst.«²

Die Beiträge in unserem KDA-Journal 2014 vertiefen diese Aspekte und fügen weitere hinzu. So entsteht aus den vielfältigen Erfahrungen, Kompetenzen und Kontakten der KDA-Mitarbeitenden ein facettenreiches Bild des Regionalen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre



Gudrun Nolte-Wacker
Leiterin KDA

¹ Robert Zajonc, 1968: Attitudinal effects of mere exposure. *Journal of Personality and Social Psychology*, 9 (2, Pt. 2), 1-27.

² Jorgen Randers, 2012: 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. München.

Arbeit schafft Heimat – Heimat braucht Arbeit

Zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in ihrer Region verwurzelt fühlen, sind ein Standortvorteil. Die Unternehmen sind aufgerufen, diesen Vorteil auch zu entdecken und zu nutzen – anstatt in ländlichen Regionen Personal abzubauen.

Von Pastor Harald Schrader

Nestlé in Kappeln, Motorola und Danfoss in Flensburg, die Damp-Kliniken im Schleswiger Raum: Die Liste der Unternehmen, die allein im Norden Schleswig-Holsteins in den zurückliegenden 15 Jahren durch Massenentlassungen unrühmlich von sich reden gemacht haben, ist lang. Die Kirche hat den gewerkschaftlichen Protest gegen den Arbeitsplatzabbau jeweils mit phantasievollen und kreativen Aktionen solidarisch unterstützt. In Kappeln wurde eine Arche gebaut, welche die Gefährdungen vieler Familien durch Arbeitslosigkeit illustrieren sollte; bei Motorola waren es ein Banner am Turm der Friedenskirche im Flensburger Stadtteil Weiche und ein bewegender Abschiedsgottesdienst; zur Zeit der Danfoss-Proteste gegen den Personalabbau wiederum zog sich eine lange Leine mit angeklammerten Solidaritätsbotschaften durch die St.-Petri-Kirche in der Flensburger Neustadt.

Gerettet wurden die Arbeitsplätze nicht, doch die individuellen Existenzängste konnten ausgesprochen und kommuniziert werden und persönliche Not erfuhr öffentliche Resonanz. Das tröstete, weil es den Schmerz und den Zusammenhalt stärkte, änderte allerdings nichts an der grau-

samen Realität des Verlustes von Arbeit und Einkommen und bisweilen auch des sozialen Status.

Ich erinnere mich an einen jüngeren Flensburger, der mir erzählte, erst vor zwei Jahren ein Haus in Flensburg gekauft zu haben, nachdem die Unternehmensleitung schon damals aufkommenden Gerüchten mit der Versicherung entgegengetreten sei, der Werksstandort Flensburg bliebe erhalten. Die Banken hätten ihm anstandslos die für den Hauskauf nötigen Darlehen gewährt, denn Danfoss hatte als verlässlicher und gut bezahlender Arbeitgeber einen glänzenden Ruf. »Was wird aus mir und meiner Familie?«, fragt sich der Kollege und bekommt keine Antwort.

Nun könnte man einwenden, von modernen Arbeitnehmern müsse man eben Mobilität, Flexibilität und damit auch die Bereitschaft erwarten, den Wohnort zu wechseln, um eine neue Arbeitsstelle zu bekommen. Das sei nun einmal so in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft. Keine Frage, es gibt Berufe, bei denen Ortswechsel dazugehören, wie etwa bei Bundeswehrsoldaten oder all jenen, die eine berufliche Karriere planen. Für die Mehrheit der Menschen gilt dies aber offenkundig und aus guten Gründen nicht. Eine 21-jährige Frau, die ihre Ausbildung als Bürokauffrau demnächst beenden würde, aber nun keine Hoffnung mehr auf Weiterbeschäftigung hatte, brachte ihre persönliche Situation auf den Punkt: »Ich müsste meine Heimat, Familie, meinen Freundeskreis verlassen, das schaffe ich nicht.«

Menschen, die sich in ihrem sozialen Umfeld wohlfühlen, sind auch motivierte und leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nun gibt es Gott sei Dank noch andere, nämlich immaterielle Werte neben Beruf und Geldverdienen, die man nicht hoch genug schätzen kann und die es nicht verdient haben, als provinziell abgetan zu werden. Dazu zählt natürlich die

Heimatverbundenheit, das seelische Verwurzel-Sein in einer Region, das Sich-Zuhause-Fühlen, die Geborgenheit in einer Landschaft und der Mentalität ihrer Menschen. Und dann die engste Bindung, die es für Individuen überhaupt geben kann: Ehepartner, Kinder, Eltern, Geschwister, Verwandte, Freunde, Nachbarn. Die Zufriedenheit und Lebensfreude ist für jeden Betrieb ein unverzichtbarer Standortvorteil. Zufriedene Menschen, die sich in ihrem sozialen Umfeld wohlfühlen, sind auch motivierte und leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es ist gut, wenn Menschen ihren Ort gefunden haben.

Wo sich Beschäftigte gegen arbeitsplatzvernichtende Konzernstrategien erheben, da kämpfen sie nicht nur um ihre Arbeit, sondern auch um ihre Heimat.

Niemand kann sich Verhältnisse wünschen, wie sie in den USA vorkommen. Ich erinnere mich an ein Foto, das dies prägnant zum Ausdruck brachte: Eine Familie lädt ihr Holzhaus auf einen Tieflader, um mit dem ganzen Hausstand der Arbeit nachzuziehen. Wanderarbeiter, Arbeitsnomaden – nein, das kann nicht das Ziel von nachhaltiger, am Menschen orientierter Ökonomie sein. Dass nach dem Zweiten Weltkrieg viele Arbeitslose aus Schleswig-Holstein ins Ruhrgebiet umgezogen sind, weil es dort Arbeit gab, ist kein Gegenbeweis, denn die Situation nach einem Weltkrieg mit der totalen Zerstörung eines ganzen Landes, seiner Städte und industriellen Zentren ist ein unvergleichliches, historisch einmaliges Szenarium. Darum verbieten sich Vergleiche mit dem Arbeitsmarkt heute. Natürlich bleibt richtig: Arbeit schafft Heimat. Wo jemand eine Anstellung findet, kann er sich mit den Seinen niederlassen und sein Leben aufbauen.

Für die meisten Menschen aber gilt der zweite Teil der Überschrift: Heimat braucht Arbeit. Damit gerade ländliche Regionen nicht entvölkert werden und veröden, damit

in strukturschwachen Gebieten die Arbeitslosenquote nicht noch weiter steigt, ist es im Wortsinn Notwendig und also notwendig, dass Unternehmen und Betriebe den Standortvorteil der ländlichen Regionen entdecken und sich dort niederlassen, wo heimatverbundene Menschen Arbeit suchen.

Die Schließungs-, Verkaufs- oder Reduzierungspläne großer Unternehmen folgen immer marktwirtschaftlich gut begründbaren Strategien. Ein Werk ist nicht ausgelastet, die weltweite Konkurrenz ist übermächtig, die Produktion ist zu teuer, es muss gespart werden. Sparen geschieht fast immer ausschließlich auf Kosten der Beschäftigten. Die Menschen werden über Sozialpläne entsorgt. In der Logik marktwirtschaftlicher Ökonomie geht es immer nur und immer zuerst um die Erhöhung des Gewinns und damit der Rendite. Menschen sind zunächst nichts anderes als »Kostenfaktoren auf zwei Beinen«. Darum müssen Solidarität und soziale Gerechtigkeit von den Gruppen eingefordert werden, die gesellschaftliche Interessen vertreten: Gewerkschaften, Verbände, Kirchen, Parteien und Parlamente. Manchmal bewegt sich dann etwas, und mit einem Male kommen Alternativen ins Gespräch, von denen bis dahin keine Rede war.

Wo immer Beschäftigte sich gemeinsam gegen arbeitsplatzvernichtende und existenzruinierende Konzernstrategien erheben, da kämpfen sie nicht nur um ihre Arbeit, sondern auch um ihre Heimat. Denn Arbeit schafft Heimat, und Heimat braucht Arbeit.

Sich behaupten – mit Pioniergeist, Charme und »Husum Spirit«

Der Streit zwischen den Messestandorten Husum und Hamburg ist beigelegt: Die wichtigen Messen für Windenergie finden im Wechsel an beiden Standorten statt. Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt begrüßt diesen Kompromiss: Er sichert Wirtschaftskraft an der Westküste; er zeigt, dass ein konstruktives Miteinander von ländlichem Raum und Metropole möglich ist; und der ländliche Raum kann in dieser Kooperation seine Stärken ausspielen, hier insbesondere den »Husum Spirit«.

Im Alltagsverständnis werden ländliche Räume gern assoziiert mit Stichworten wie Natur und Erholung, Ländlichkeit und Dorfidyll, Landwirtschaft, würzigem Wind und freiem Landschaftsblick. Kommt die Rede aber auf Wirtschaftsstandorte und Infrastruktur, auf Industrieansiedelung und Arbeitsplätze, erscheint der ländliche Raum vor allem als eine Region mit Defiziten, als nicht-städtisch, abgelegen, schwer erreichbar und zurückgeblieben. Beide Sichtweisen werden der Realität nicht gerecht. Es ist ein Fehler, den ländlichen Raum primär aus urbaner Perspektive zu betrachten, denn er ist mehr als eine Ressource. Die Abhängigkeit ist gegenseitig. Urbane Verdichtungsräume wie die Metropolregion Hamburg könnten ohne Gebiete mit hohem Freiraumanteil ebenso wenig existieren wie diese ohne die Taktgeber in den wirtschaftlichen Zentren. Kurzum: Stadt und Land brauchen einander. Der beigelegte Streit zwischen den Windmessestandorten Husum und Hamburg hat dies deutlich gemacht. Der Kompromiss hilft beiden. Husum richtet im Wechsel mit Hamburg die Leitmesse aus. »HUSUM Wind« ist auf den nationalen Markt fokussiert, Hamburg auf den internationalen. Darüber hinaus bittet Husum Jahr für Jahr Experten wie Verbraucher zur »New Energy Husum«, einer Messe, die sich seit 2002 als Schaubühne für eine dezentrale

Energieerzeugung auf Basis aller erneuerbaren Energien versteht und die Energiewende »von unten« befördern möchte.

Über die Chancen des ländlichen Raumes am Beispiel der Windmesse Husum im Verhältnis zur Metropolregion Hamburg sprach Pastor Harald Schrader (KDA Schleswig/Flensburg) mit Peter Becker, Geschäftsführer der Messe Husum & Congress.

»Husum ist ein Unikat der Messe-landschaft weltweit. Hier trifft sich konzentrierte Kompetenz in einem Umfeld, in dem noch der Pioniergeist der Anfangsjahre weht.«

Könnten Sie etwas zur Entstehungsgeschichte der Windmesse Husum sagen?

Husum ist mehr als nur die Entstehungsgeschichte einer Windmesse. Husum ist der Anfang einer weltweiten Bewegung. Begonnen hatte alles natürlich eine Nummer kleiner und bescheidener: 1989 In der Viehauktionshalle als zunächst einmal regionale Leistungsschau der Windenergie. Hier trafen gewissermaßen die Gründerväter der Windenergie zusammen. Zu einer Zeit, da Atomkraft, Braunkohle und Steinkohle noch als das Nonplusultra der Energiegewinnung galten. Husum bot den zahlreichen Tüftlern, Querdenkern und Pionieren der Windenergie ein gutes Umfeld. Wo sollte man sonst die Energiepotenziale des Windes spüren, wenn nicht an einer Küste Schleswig-Holsteins? Dieser Gründer- und Pioniergeist war über mehrere Jahrzehnte die treibende



Peter Becker, Geschäftsführer der Messe Husum & Congress.

Kraft der Branche, die sich auch auf andere Märkte in anderen Ländern auf allen Kontinenten übertragen hat. Wir nennen das hier den »Husum Spirit« – und den spüren Sie auch heute noch.

Welche Faktoren begünstigen aus Ihrer Sicht den Standort Husum?

Hier in Husum ist es nicht nur eine Messe – es ist ein Event, wo die Branche erlebbar ist wie nirgendwo sonst auf der Welt. Husum ist das Synonym für Windmesse schlechthin. Wir haben sogar Gäste aus Übersee, die dachten, der Ort wäre nach der Messe benannt worden. Denen haben wir natürlich schnell einen Crash-Kurs über Schleswig-Holstein verpasst (lacht). Aber im Ernst: Husum ist ein Unikat der Messelandschaft weltweit. Diese Aussage haben übrigens nicht wir über unsere PR-Abteilung gestreut, sondern das ist die Resonanz unserer Aussteller und Besucher. Hier

trifft sich konzentrierte Kompetenz in einem Umfeld, in dem noch der Pioniergeist der Anfangsjahre weht. Es hat – trotz aller Professionalität und aller Geschäftsabschlüsse während der Messezeiten – bei den Abendveranstaltungen auch die Atmosphäre eines Klassentreffens. Und zwar dieser Sorte von Klassentreffen, auf die man sich schon die ganze Zeit freut: Die Messe Husum konzentriert sich auf ein bestimmtes Umfeld, und die Möglichkeit, an anderer Stelle Entscheider und Treiber der Windbranche auf ähnliche Art zu treffen, ist sehr gering.

Was bedeutet die Windmesse ökonomisch, touristisch und publizistisch für Husum?

Unbestritten ist die Windmesse ein wesentlicher Imageträger, von dem die Wirtschaft sehr profitiert – und nicht nur die Hotels und Gaststätten. Zu den zahlreichen Veranstaltungen sichert die Messe in Husum mit ihren

komplexen Wertschöpfungsketten zahlreiche Arbeitsplätze in verschiedensten Wirtschaftsbereichen. Das beginnt bei unseren Aushilfskräften und geht bis hin zu großen Dienstleistungsunternehmen, die uns zum Teil seit Jahren treu zur Seite stehen. Und durch die Messen hier in der Stadt ist Husum natürlich auch weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Wir haben beispielsweise auch zahlreiche touristische Besucher aus ganz Deutschland in Husum, die durch die Berichterstattung rund um die Windmesse auf unsere schöne Stadt aufmerksam geworden sind.

Hat Sie der Vorstoß aus Hamburg überrascht oder hatten Sie schon längst damit gerechnet, hansestädtische Konkurrenz zu bekommen?

Überrascht hat uns das nicht. Eine erfolgreiche Weltleitmesse in einem verhältnismäßig kleinen Messestandort erregt natürlich Aufsehen in der Branche und weckt Begehrlichkeiten. Und unser jetziger Kooperationspartner Hamburg war natürlich auch in früheren Jahren bereits in dem Segment aktiv – wenn auch anders, als wir das in Husum angegangen sind. Durch die Zusammenlegung unserer Kompetenzen und einen entsprechenden Kooperationsvertrag gehen wir jetzt gemeinsam den nächsten Schritt.

»Gemeinsam haben die beiden Messegesellschaften und die Branche um die beste Lösung gerungen und sie auch schließlich gefunden.«

Warum hat der bekannte Messestandort Hamburg aus Ihrer Sicht die Konkurrenz mit Husum gesucht?

Es ist ein normaler Vorgang im Messegeschäft, dass es auch Vertreter anderer Interessen gibt, denen beispielsweise aus strategischen Gründen ein anderer Standort lieber wäre. Das bedeutet ja nicht, dass man mit den Leistungen unzufrieden gewesen wäre. So haben unterschiedliche

Ansichten und unterschiedliche Parteien innerhalb der Windbranche auf unterschiedliche Stärken der Standorte Husum und Hamburg fokussiert. Gemeinsam haben die beiden Messegesellschaften und die Branche um die beste Lösung gerungen und sie auch schließlich gefunden. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) hat diesen Prozess begleitet und für die Windbranche den besten Standort gesucht.

Welche Hauptargumente wurden von Hamburg bzw. von Husum für ihren jeweiligen Standort ins Feld geführt?

Husum steht natürlich, wie eingangs schon geschildert, als »Wiege der Windenergie« gewissermaßen im Geburtsregister der Branche. Bleiben wir in dem Bild, ist Hamburg das Auslandssemester. Kurz: Husum ist die Heimat und Hamburg der internationale Standort, der natürlich Unterschiede in der Infrastruktur vorweist. Husum steht dagegen als Unikat vor allem für die Atmosphäre und die Erfahrung in Sachen Service und Flexibilität. Wie oft haben wir wenige Tage vor Messebeginn auf Ausstellerwunsch noch zusätzliche Ausstellungsflächen geschaffen – durch Leichtbauweise mit einem Team, das schwer und rund um die Uhr schuftet für den Erfolg der Messe.

Welche Gründe führten zu dem Kompromiss, die Windmesse abwechselnd in Husum und Hamburg durchzuführen?

Es sind vor allem die beiden Hauptwünsche der Branche, Husum als Standort einer renommierten und erfolgreich geführten Windenergiemesse zu erhalten und auf der anderen Seite aber auch eine internationale Leitmesse der Windenergie in Hamburg stattfinden zu lassen. Aber die Internationalität der Branche bei einer Messe in Hamburg verlangt auch wiederum nach einer Plattform für nationale Themen und deren Herausforderungen in einem sich ständig verändernden Markt. Hier bietet sich der Messestandort Husum nahezu ideal an, denn wenn nicht hier – wo sonst sollte man eine derartige Plattform anbieten? Sicher nicht auf einer Lichtung im Schwarzwald.

Sehen Sie in dem Kompromiss ein tragfähiges Zukunftsmodell oder wird der Standort Husum letzten Endes das Nachsehen haben?

Wir können bereits jetzt feststellen, dass das neue Konzept von der Branche gut angenommen wird. Beide Messen sind bereits sehr gut gebucht und beide Messen werden einen Benchmark setzen. Windenergie und Windmesse werden immer zu Husum gehören – aber es werden auch andere Themen aus dem Kultur- und Wirtschaftsbereich das Angebot und den Standort ergänzen. So haben wir beispielsweise in diesem Jahr im Juli erstmals ein großes Festival mit einschlägigen deutschen Musikern auf dem Messegelände, und im kommenden Winter freuen wir uns auf eine weitere Ausgabe der in 2013 mit mehr als 20.000 Besuchern sehr erfolgreich gestarteten Husumer Eiszeit, dem Eislaufvergnügen in unserer Messehalle. Und natürlich arbeiten wir ständig an neuen, innovativen Veranstaltungskonzepten.

»Der ländliche Raum an der Westküste muss auf jeden Fall seinen Charme behalten – und das geschieht vor allem durch die Menschen, die hier leben und die Gesellschaft hier prägen.«

Wie könnte der ländliche Raum an der Westküste sich wirtschaftlich weiterentwickeln, ohne seinen besonderen Reiz als grüne Urlaubsregion am Meer zu gefährden?

Er muss auf jeden Fall seinen Charme behalten – und das geschieht vor allem durch die Menschen, die hier leben und die Gesellschaft hier prägen. Natürlich gibt es Kritik an Windenergieanlagen, sie würden das Landschaftsbild verändern. Aber wir sollten sie eher als Symbol der Zukunft sehen. Als ein Symbol für regenerative Energien, die nicht eine Altlast für kommende Generationen sind. Schleswig-

Holstein – und natürlich insbesondere Husum und Umgebung – ist ein grünes Land. In doppelter Hinsicht: fürs Auge und für die Zukunftsentwicklung der Energie. Ich glaube nicht, dass dieser Reiz gefährdet ist, abzunehmen.

Der Slogan »Stadt und Land – Hand in Hand« postuliert ein harmonisch sich ergänzendes Miteinander von urbaner und ruraler Kultur. Ist das eine realistische Perspektive oder eher ein politischer Wunschtraum, der den unterschiedlichen Interessen nicht gerecht wird?

Es ist anders nicht zu schaffen in der Zukunft. Wirtschaftliche Interessen und die Eigeninteressen einer Region und einer Stadt scheinen nicht immer auf den ersten Blick miteinander vereinbar. Aber nehmen wir ein einfaches Beispiel: Es mögen vielleicht viele junge Menschen aus beruflichen Gründen vom Land in die Stadt ziehen – aber wenn sie eine Pause davon brauchen, dann zieht es sie wieder aufs Land zurück. Es geht also das Eine nicht ohne das Andere. Und in der Innenstadt werden Sie wohl kaum Getreide anbauen, Kühe und Hühner halten oder auch eine Windkraftanlage montieren. Aber die Energie, die hier vor und an unserer Küste gewonnen wird, die wird in der Stadt gebraucht. Politisch gesehen muss deshalb auf eine gute, fruchtbare und ausgleichende Zusammenarbeit geachtet werden.

Wie steht es um die Akzeptanz der Husumer Windmessen in der Bevölkerung?

Nordfriesland und Husum sind Paradebeispiele für die Beteiligung und Einbindung der Bevölkerung bei verschiedenen Themen. Insbesondere am Beispiel der erneuerbaren Energien, vor allem der Windenergie, sieht man diese Beteiligung und die daraus entstandene starke Akzeptanz. Im Rahmen der Messe »HUSUM Wind« war und ist dies ein entscheidender Faktor, der diese Messe nach vorne gebracht hat und zu einem Unikat in der Messelandschaft werden ließ. Diese Plattform wollen und werden wir auch in Zukunft sein. Wir stärken damit den Wirtschaftsstandort und nehmen die Menschen in der Region sowie unsere Besucher mit unseren Veranstaltungen nicht nur fachlich, sondern auch emotional mit.

Das Gespräch führte Pastor Harald Schrader.

Eine Landschaft im Wandel – die Menschen auch?

Im strukturschwachen Landkreis Dithmarschen an der Westküste Schleswig-Holsteins hat sich die Landschaft verändert. Und zwar rasant durch den Ausbau erneuerbarer Energien, vor allem durch die Windräder. Dieser Beitrag skizziert die Entwicklung, geht auf die Vorreiterrolle der Landwirte ein – und führt zu der Frage, warum andere in Dithmarschen die Chancen nicht genutzt haben.

Von Jochen Papke

Schon vor 150 Jahren war Dithmarschen in der Energiegewinnung in Deutschland ganz vorn. Auf einem Acker bei Heide fand ein Bauer Erdöl, das schon bald vermarktet wurde. Bis heute wird in Dithmarschen und mit einer Offshore-Förderanlage im Wattenmeer Erdöl gefördert und in der Raffinerie in Hemmingstedt verarbeitet.

In den 1970er-Jahren wurde das Atomkraftwerk in Brunsbüttel gebaut und produzierte bis 2008 Strom. Seitdem ist es stillgelegt und wartet auf den Rückbau. Die Arbeitsplätze sind somit auf 30 Jahre sicher – wenigstens.

Spötter sprechen angesichts der vielen Windräder inzwischen von einer »Spargellandschaft«.

Das Erscheinungsbild der Landschaft veränderte sich aber erst mit der Energiegewinnung durch die Windkraft. Das konnte sich vor 20 Jahren niemand vorstellen. Zunächst vereinzelt stellten Landwirte auf ihrem Land eine Windkraftanlage auf und erzeugten damit Strom für ihren eigenen Betrieb, für Schweinemast oder Milchviehhaltung. Es blieb



Fotovoltaik, Biogas, Windkraft: Die regenerativen Energien verändern die Region. Oben ist ein sogenannter Sünndreier zu sehen: Der obere Teil des Schuppens ist beweglich, sodass die Solarmodule dem Lauf der Sonne folgen können.

aber nicht bei einzelnen Anlagen. Mittlerweile gibt es Betreiber-
gesellschaften und Bürgerwindparks, die dank des EEG
lukrative Geschäfte tätigen. Spötter sprechen angesichts der
vielen Windräder inzwischen von einer »Spargellandschaft«.

Wie Pilze schossen an der gesamten Westküste auch
Biogasanlagen aus dem Boden. Auch hier sind die Bauern
wieder Vorreiter und erzeugen damit Energie, die im eigen-
nen Betrieb verbraucht, aber auch ins öffentliche Netz ein-
gespeist wird. Als Energielieferant ist hier die Maispflanze
sehr beliebt, weil sie ohne großen Zeitaufwand und in rela-
tiv kurzer Zeit (von Mai bis Oktober) wächst und geerntet
werden kann.

Wer im Sommerurlaub mit dem Fahrrad durch Dith-
marschen fährt, möchte sich erholen, und wenn es gut geht,
weht auch mal kein Wind. Dann stehen die Windräder still,
die Idylle ist perfekt. Und doch sticht bei Sonnenschein ein
Meer von glitzernden Dächern und Feldern in das erholungs-
bedürftige Auge: Fotovoltaikanlagen. Die Landwirte sind er-
findungsreich, wenn es gilt, Geld zu machen, und so wurden
zunächst die Höfe, die schon große Dachflächen hatten, mit
Fotovoltaik bestückt. Später wurden neue Geräteschuppen
gebaut, die nur gebraucht wurden, um sie mit Fotovoltaik
auszustatten; bei den »Sünndreiern« ist das Dach sogar
drehbar, damit die Modulfläche immer optimal zur Sonne
ausgerichtet ist. Unwirtschaftliche Ackerflächen wurden mit
Solarmodulen zugestellt, bis der Gesetzgeber diesem Treiben
Einhalt gebot.

**Unmut macht sich dort breit, wo
Menschen Nachteile erfahren.
Etwa, wenn der Verbraucher immer
mehr für Energie bezahlen muss.**

Dieser Beitrag soll aber keine Bauernschelte sein, son-
dern darauf aufmerksam machen, dass andere Bevölke-
rungsteile wenig Chancen haben, von den erneuerbaren
Energien zu profitieren. Zum Beispiel, weil sie gar nicht die
finanzielle Möglichkeit haben, in Windkraft, Biogas oder
Fotovoltaik zu investieren.

Unmut macht sich dort breit, wo Menschen Nachteile
erfahren. Etwa, wenn der Verbraucher immer mehr für Ener-
gie bezahlen muss, sei es für Strom, Auto und Heizung, sei
es, weil der Eintritt im Schwimmbad oder die Fahrkarte für
den Bus teurer wird. Ebenso wird zunehmend der Erhalt und
der Verlust von Arbeitsplätzen mit der Energieverteuerung
verbunden.

In der Branche der erneuerbaren Energien fehlen unter-
dessen Fachkräfte. Auch das örtliche Handwerk ist viel zu
spät auf den fahrenden Zug gesprungen. Gut ausgebildete
Handwerker kehren der Region den Rücken, da es keine ent-
sprechende Infrastruktur gibt. Der öffentliche Nahverkehr ist
ungenügend ausgebaut. Freizeitangebote für jüngere Men-
schen gibt es kaum. Zurück bleiben die Alten, genießen das
Landleben und schimpfen über steigende Energiepreise.
Etwas ändern wollen und können die meisten nicht.

Vom Rand zur Mitte: die Region Lübeck

Vor 25 Jahren fiel die deutsch-deutsche Grenze, die Region Lübeck rückte von der Randlage ins Zentrum. Der KDA nimmt das zum Anlass für Rückblick und Ausschau und hat einen Unternehmer und eine Abgeordnete zu den Chancen der Region befragt.

Von Rüdiger Schmidt

Die scheinbare Ruhe einer Hinterland-Idylle fand mit Öffnung der innerdeutschen Grenze ein jähes Ende: In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 rückten die Städte und Gemeinden in der Region Lübeck vom äußersten Rand der beiden deutschen Staaten ins Zentrum einer neuen norddeutschen Küstenregion.

Die anfängliche Euphorie ist in den über 100 Städten und Gemeinden der Region Lübeck einer nüchternen Betrachtung der veränderten kommunalen und regionalen Entwicklungsbedingungen gewichen. Zwischen Neustadt, Reinfeld, Ratzeburg und Grevesmühlen scheint Alltag eingekehrt.

Doch dieser Eindruck täuscht. Fast sieben Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg definieren die Kreise, Städte und Gemeinden in der Region ihre Rolle neu. Sie befassen sich mit gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen und dem Miteinander aller gesellschaftlichen Gruppen. Es geht um den Ausgleich unterschiedlichster Interessen und um regionale Entwicklungsbausteine, die im Idealfall konsensfähig für alle regionalen Akteure sind. Die Region Lübeck muss deshalb auch in politischer Hinsicht ihrer gewachsenen Bedeutung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gerecht werden. So ist es folgerichtig, dass die Angebote des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt in Lübeck nun auch in Mecklenburg wahrgenommen und nachgefragt werden. Schließlich ist der KDA Lübeck vom Rand der Nordelbischen Kirche ins Zentrum der Nordkirche gerückt.

Wie beurteilen wichtige Akteure die Chancen der Region? Wir haben darüber mit dem Unternehmer Fritz Rüdiger Kiesel und der SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriele Hiller-Ohm gesprochen.

»Mitarbeiterzufriedenheit nicht unterschätzen«

Der mittelständische Unternehmer Fritz Rüdiger Kiesel über Globalisierung und Region

Herr Kiesel, was ist wertvoll an der Region Lübeck-Lauenburg?

Wir finden hier Mitarbeitende, die zu uns passen. Sie sind bodenständig, ehrlich, treu und loyal, sie sprechen dieselbe Sprache wie wir. Sie stammen häufig aus intakten Familien und einem intakten sozialen Umfeld. Das ist wichtig, weil wir Spielzeug für solche Menschen in ganz Deutschland und der Welt herstellen und vertreiben.

In der Metropolregion Hamburg partizipieren wir an günstigen Standortkosten, einer guten Verkehrsanbindung zum Hamburger Hafen, nach Berlin und in die skandinavischen Länder. Für die Arbeitsatmosphäre und die Stimmung im Unternehmen ist nicht zu unterschätzen, dass wir dort arbeiten, wo andere gern mal für ein paar Tage von der hektischen Großstadt ausspannen.

»Wir Hersteller müssen unsere Unternehmen so aufstellen, dass sie dem internationalen Wettbewerb standhalten und den Mitarbeitern Arbeitsbedingungen anbieten, die ihnen eine Zukunft versprechen.«

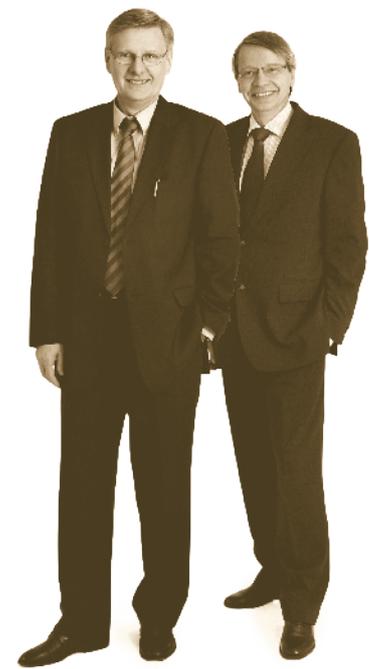
Was muss in unserer Region weiterentwickelt oder erhalten werden? Und was liegt im Argen?

Der Erholungscharakter muss natürlich erhalten werden. Ein Ausbau der Infrastruktur im Raum Lauenburg ist nicht notwendig. Sie muss aber dringend instandgehalten werden.

Die Bildungsproblematik betrifft auch unsere Region. Für Unternehmer wird es immer schwerer, gute junge Mit-

arbeiter zu finden. Die Allgemeinbildung, und dazu zählen auch die Grundrechenarten und der Umgang mit der deutschen Muttersprache, lässt bei Schulabgängern zunehmend zu wünschen übrig. Die Kommunikationsfähigkeit ist nicht sehr ausgeprägt.

Die elektronische Verarbeitung von Geschäftsvorgängen wird zukünftig weiter voranschreiten. Die Internetanbindungen tragen diesem Bedarf nicht immer Rechnung. Der Ausbau des Datennetzes ist dringend notwendig.



Fritz Rüdiger Kiesel (re.) und Gerhard Gollnest sind Gründer, Inhaber und Geschäftsführer einer Spielzeugfirma in Güster (Kreis Herzogtum Lauenburg). Die Gollnest&Kiesel KG ist einer der bedeutenden Holzspielzeughersteller Europas und das größte Spielzeugunternehmen Norddeutschlands. Das Sortiment umfasst mehr als 2.300 Produkte, u. a. der Marken goki, Heimess und Anker. Fritz Rüdiger Kiesel engagiert sich im Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg – und spendet mit seinem Unternehmen jährlich mehrere 10.000 Bäume für Schleswig-Holstein.

Heißt Globalisierung, dass wir als Arbeitsnomaden hinter den Unternehmen herlaufen, die den Standortwettbewerb ausnutzen und von Region zu Region ziehen?

Der Unternehmensstandort wird keineswegs nur durch möglicherweise günstigere ökonomische Bedingungen an anderen Standorten entschieden. Die Ausbildung und die Einsatzmöglichkeiten der Mitarbeiter sind mindestens ebenso bedeutsam. Weiche Faktoren wie Mitarbeiterzufriedenheit dürfen nie unterschätzt werden.

Die sogenannte Globalisierung bedeutet im Konsumbereich: Der Konsument kann sich weltweit an den vermeintlich günstigsten Preisen für ein qualitativ vergleichbares Produkt orientieren.

Arbeitskräfte suchen international nach Einsatzmöglichkeiten zu Konditionen, die ihnen größtmögliche Arbeitszufriedenheit versprechen und obendrein ein höheres Einkommen. Derart entwurzelte Menschen suchen aber sehr häufig bald wieder ihr soziales Umfeld.

Wir Hersteller müssen unsere Unternehmen so aufstellen, dass sie dem internationalen Wettbewerb standhalten und den Mitarbeitern Arbeitsbedingungen anbieten, die ihnen eine Zukunft versprechen. Zum Unternehmenserhalt ist es aber ebenso notwendig, sich die globalen Produktions- und Handelsmöglichkeiten zunutze zu machen.

Sollte Globalisierung heißen, dass das Kapital wandert, und zwar in die Regionen zu den Menschen? Wie kann das gelingen?

Kapital wandert in die Regionen der materiell schwächeren Menschen. Das führt in der Regel zu einem relativ rasch ansteigenden materiellen Wohlstand, wenn die Unternehmen faire Arbeitsbedingungen einhalten oder gezwungen werden, sie einzuhalten.

Weil Unternehmen überwiegend profitorientiert agieren und nur ein kleinerer Teil faire Bedingungen gegenüber den produzierenden Ländern, deren Unternehmen und Mitarbeitern praktiziert, wird ein Umdenken, gerade in unseren reichen Ländern, unabdingbar sein.

»Wir werden begreifen müssen, dass Globalisierung keine Einbahnstraße ist, die uns einen ständig steigenden Wohlstand verheißt.«

In unseren wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern werden wir künftig materielle Einschränkungen in Kauf nehmen müssen, um eine stabilere, jedoch stetige Entwicklung in den weniger entwickelten Ländern zu fördern. Ansonsten drohen eine gewaltige Zunahme der weltweiten Flüchtlingsbewegungen, der ökologische Kollaps und die Veränderung des Klimas. Wir werden begreifen müssen, dass alles mit allem zusammenhängt und Globalisierung keine Einbahnstraße ist, die uns einen ständig steigenden Wohlstand verheißt.

Das Gespräch führte Rüdiger Schmidt.

Eine Region im stetigen Wandel

Gastbeitrag von Gabriele Hiller-Ohm

Lübeck und das Herzogtum Lauenburg bilden eine Region, die sich stetig verändert. Allein die letzten 70 Jahre hatten es schon in sich. Zweiter Weltkrieg, Flüchtlingsströme aus Pommern und Ostpreußen, die deutsche Teilung vor der Haustür, Grenzöffnung und Wiedervereinigung, der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und nicht zuletzt: die europäische Einheit mit all ihren Chancen.

»Der Ostsee als Wirtschaftsraum, mit Lübeck als größtem deutschen Ostseehafen, muss weiterhin eine herausragende Rolle zukommen.«

Lübeck kann einer großen Zukunft entgegensehen. Der Ostsee als Wirtschaftsraum, mit Lübeck als größtem deutschen Ostseehafen, muss weiterhin eine herausragende Rolle zukommen. Dazu haben wir mit dem Elbe-Lübeck-Kanal eine hervorragende Anbindung in das europäische Binnenwasserstraßennetz. Leider nur theoretisch. Die finanziellen Mittel für den dringenden Ausbau und die Sanierung werden leider noch verwehrt.

Wir müssen die Potenziale und Chancen unserer Metropolregion besser nutzen. Das geht aber nur, wenn wir die Infrastruktur – Straßen, Schienen und Wasserwege – stärker und schneller ausbauen.

Die Stärken Lübecks und des Herzogtums Lauenburg liegen neben Transport und Logistik auch im Tourismus: Rein rechnerisch bestreiten über 16.000 Menschen in Lübeck mit dem Tourismus ihren Lebensunterhalt. Aber auch im Bereich von Forschung und Entwicklung haben wir in Lübeck als Stadt der Wissenschaft Potenzial: Lübeck soll bundesweit führender Standort für Medizintechnik werden – ein sehr wichtiges Signal!



Gabriele Hiller-Ohm ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie gehört den Ausschüssen für Arbeit und Soziales und für Tourismus an und ist tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Ihr Wahlkreis umfasst die Hansestadt Lübeck und die Ämter Berkenthin und Sandesneben im Nachbarkreis Herzogtum Lauenburg. Seit elf Jahren ist Gabriele Hiller-Ohm Mitglied im Beirat des KDA Lübeck.

Gleichzeitig herrscht aber auch in unserer Region großer Druck. Zwar finden hier immer mehr Menschen wieder Arbeit. Im Vergleich zu Schleswig-Holstein und Westdeutschland gibt es jedoch immer noch überdurchschnittlich viele Arbeitsuchende. Hier gilt es politisch so zu agieren, dass neue Arbeitsplätze entstehen und Menschen mit Schwierigkeiten gut qualifiziert werden. Und zwar stets zu guten Arbeitsbedingungen und gerechter Bezahlung. Um das zu erreichen, brauchen wir aber einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft, die ganz klar den Nutzen aller im Mittelpunkt hat. Und nicht die finanziellen Interessen einiger weniger Aktionäre.

Das Brot teilen

Seit 2005 feiern die St.-Paulus-Gemeinde in Hamburg-Heimfeld und der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt Erntedank gemeinsam mit Bäckern und Konditoren aus Harburg. Das ist ein freudiges Fest, doch auch ernste Themen haben im Gottesdienst ihren Platz.

Von Heike Riemann

Seit 1885 gehört Heimfeld zu Harburg, und aus dem damals noch landwirtschaftlich geprägten Ort ist längst ein dicht besiedeltes Wohngebiet geworden. Hier gibt es sehr idyllische Ecken, aber auch einen deutlichen Industrieanteil. Harburg und Heimfeld gehen »nahtlos« ineinander über, und so ist der Erntedank-Gottesdienst mit dem backenden Handwerk längst keine Gemeindeveranstaltung mehr, sondern ein Gottesdienst für die Region. Viele sind daran beteiligt: der Harburger Gospelchor, die Theatergruppe der Evangelischen Jugend Heimfeld, die Stadtteildiakonie.

Jedes Jahr wieder ist der Moment, wenn im Gottesdienst das Brot miteinander geteilt wird, besonders berührend. Bäckerinnen und Konditoren in ihrer Arbeitskleidung teilen das Brot aus. Die Milchbrötchen sind extra dafür gebacken, sie haben eine Kerbe in der Mitte zum Teilen mit dem Nachbarn. Hoffnung, Freude und Gemeinschaft (der Menschen mit Gott und der Menschen untereinander), die auch im Abendmahl zum Ausdruck kommen, sind deutlich spürbar. Es ist ein fröhlicher Gottesdienst oder besser gesagt: ein freudiger, denn Erntedank ist ja auch ein freudiges Fest. Dennoch werden ernste Themen nicht ausgespart, vielmehr fließen Fragen und Erfahrungen aus dem Alltag und der Arbeitswelt ein. Dabei geht es um den Kern des Erntedankfestes: Es bedarf der Anstrengung aller, um im wortwörtlichen wie übertragenen Sinne satt zu werden – und dennoch kann der Mensch nicht allein zu einer gelingenden Ernte und seinem Wohlergehen beitragen.

Jedes Jahr steht der Erntedankgottesdienst unter einem anderen Motto.

- 2005__Unser täglich Brot
- 2006__Brot brechen – Brot teilen
- 2007__Der Mensch lebt nicht vom Brot allein
- 2008__Hat alles seinen Preis?
- 2009__Ein süßes Leben
- 2010__Dankbarkeit
- 2011__Lebendiges Brot für andere
- 2012__Danke, es reicht!
- 2013__Unserer Hände Arbeit

So ist Gelegenheit, die »landwirtschaftliche Ernte« mit dem Alltag und den Erfahrungen der Menschen in der Stadt zu verbinden. Denn hier arbeitet niemand in der Landwirtschaft, und selbst echte Bäcker werden rar. Dass das Erntedankfest in der Regel am ersten Sonntag im Oktober stattfindet und dennoch wegen der Ernte zeitlich flexibel gefeiert werden kann – wer weiß das schon?

Für einen Moment innehalten:

Wie sieht es mit meiner Ernte aus?

Wo habe ich etwas gesät und weitergegeben? Wofür bin ich dankbar?

Was möchte ich verändern?

Säen, pflegen und ernten, das lässt sich übertragen: Wir bilden aus, stehen im Beruf, müssen uns vor beruflicher Überforderung schützen und ernten die »Früchte der Arbeit« – in Form von Bezahlung und Anerkennung, durch Produkte und Dienstleistungen, durch die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben (über Steuern) und durch Erkenntnisgewinn (das neue Saatgut). Mühe und Anstrengung erleben zudem alle – ein guter Grund, einen Moment innezuhalten und nachzudenken: Wie sieht es mit meiner Ernte aus? Wo habe ich etwas gesät und weitergegeben? Wofür bin ich dankbar? Was möchte ich verändern?



Vorbesprechung zum Erntedankgottesdienst in der St.-Paulus-Kirche (v. li.): Konditormeister A. Rutterschmidt, Bäckermeister R. Bartels und Konditormeister F. Woller.

Die wachsende, scheinbar unerlässliche Inanspruchnahme von »Tafeln«, das »Landgrabbing« und Verfehlungen in der Agrarindustrie sind deshalb auch schon thematisiert worden. Das gilt ebenfalls für das Prestige von Berufen. Denn was bedeutet es, wenn die »Wertschöpfung« (die Ernte) einzelner Berufe für so gering geachtet wird, dass der Lohn zum Leben nicht reicht – obwohl ohne diese Arbeit das »Große und Ganze« nicht gelingen kann?

Im Anschluss an den Erntedankgottesdienst ist Gelegenheit zu Gespräch und Miteinander. Auch daran haben die Bäcker und Konditoren ihren Anteil: Sie sorgen für Kuchen und Brot.



Blick auf die Innenstadt von Rostock mit Hafengebiet.

Im »Sog der Metropolen« oder im »Kraftfeld Ostseeraum«?

Wohin wird sich Mecklenburg-Vorpommern entwickeln? Die Szenarien sind vielfältig und reichen vom »Garten der Metropolen« bis zur Umwandlung ganzer Regionen in unbewohnte »Energiesonderzonen«. Doch unheilvolle Prognosen, die sich selbst erfüllen, helfen nicht weiter. Tatsache ist: Es gibt inzwischen zahlreiche gute Beispiele für eine Stärkung des Sozialraums.

Von Pastor Dr. Jürgen Kehnscherper

Viele kennen die Ostsee noch als hochgerüstetes »Kriegsmeer«, eine mit scharfer Munition bewachte Grenze, nachts von Suchscheinwerfern erhellt. Aus diesem potenziellen Kriegsschauplatz ist tatsächlich ein »Meer des Friedens« geworden, und das ist heute keine Propagandaphrase mehr.

Gott sei Dank dürfen wir den Ostseeraum wieder neu denken: als Raum der Kooperation und Kommunikation. Mecklenburg-Vorpommern ist nicht mehr heikle Grenzregion, sondern Glied einer Wertschöpfungskette von der Adria bis nach Skandinavien und ein Tor zum Baltikum. Als Nordkirche wollen wir unseren Teil beitragen zu einem Zusammenwachsen auf Augenhöhe.

Grenzen sind keine Naturgegebenheit, sondern Menschenwerk. Und Frieden ist kein Besitz, sondern bleibende Aufgabe. Wie fragil der Frieden auch in Europa noch ist, haben wir vor Kurzem in der Ukraine gesehen.

Was durch die EU-Erweiterung möglich geworden ist, weckt auch in Mecklenburg-Vorpommern Erinnerungen an die große Zeit der Hanse. Folgerichtig gerät das hanseatische Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns wieder neu in den Blick. Das ist eine große Herausforderung für alle Unternehmerin-

nen und Unternehmer, die ihr »Schiff« mit großer betriebswirtschaftlicher Kompetenz auch bei rauer See über Wasser halten müssen und dabei einen hohen Anspruch an ihre persönliche moralische Integrität nicht aufgeben möchten. Ein ganz anderes Bild aus der Hansezeit, das heute ebenfalls Beachtung findet, ist die Geschichte des »Likedeeler« Klaus Störtebeker. Diese Ur-Geschichte von Gerechtigkeit und der Würde des Menschen fasziniert bei den jährlichen Störtebeker-Festspielen in Ralswiek auf der Insel Rügen immer wieder zehntausende Zuschauer.

Die große Aufgabe unserer Zeit ist es, das Sachgemäße unseres Wirtschaftens mit dem Menschengerechten zusammenzuführen zu einer Lebensdienlichkeit.

Die Regeln unseres Zusammenlebens und sozialen Handelns machen wir Menschen selbst. Wir schaffen sie durch Verabredungen und durch die Werte, auf die wir uns festlegen. Auch wenn es uns immer wieder so erscheint, als würden allein Sachzwänge regieren, Wirtschafts-Subjekt ist und bleibt der Mensch. Die große Aufgabe unserer Zeit ist es, das Sachgemäße unseres Wirtschaftens mit dem Menschengerechten zusammenzuführen zu einer Lebensdienlichkeit. So hat es der große protestantische Wirtschaftsethiker Arthur Rich formuliert. Für Christinnen und Christen ist es selbstverständlich, dass sich Gesellschaft, Werte und auch Demokratie nicht aus sich selbst heraus gründen und begründen können. Wir wissen alles aufgehoben in und durch Gott.

Sowohl in der Kirche als auch in der Wirtschaft ist derzeit eine erfreuliche Hinwendung zum Sozialraum zu beobachten. Der Kirchenkreis Mecklenburg arbeitet mit dem Leitbild, nicht mehr nur Kirche für andere, sondern auch Kirche mit anderen zu sein. Kirchenkreisdiakonie in der Nordkirche erprobt mit dem Konzept der Gemeinwesendiakonie neue Formen der Zusammenarbeit im Sozialraum. Die IHK Rostock hat ein Kompetenzteam »Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen« gebildet. Und der Bundesverband mittelständische Wirtschaft hat in Mecklenburg gerade ein

größeres Projekt zu »Corporate Social Responsibility« abgeschlossen. Dies sind nur einige der zahlreichen Beispiele für eine bewusste Hinwendung zum Sozialraum.

Ohne intakte Sozialräume kann keine Wirtschaft funktionieren. Ohne funktionierende Sozialräume gibt es keinen sozialen Frieden und keine Demokratie. Unser Sozialraum ist hoch differenziert. Wir haben neben gut funktionierenden urbanen Zentren im Bereich der gesamten Nordkirche weite ländliche Räume, in denen die ausgedünnten Strukturen – auch die kirchlichen – schmerzhaft überdehnt sind. Dies ist Herausforderung und Gemeinschaftsaufgabe von Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Kirche.

Mecklenburg-Vorpommern im Sog oder im Kraftfeld? Es liegt bei uns, ob die Zukunft lediglich eine Fort- und Festschreibung der Vergangenheit sein wird.

Mecklenburg-Vorpommern im Sog oder im Kraftfeld? Es liegt bei uns, ob die Zukunft lediglich eine Fort- und Festschreibung der Vergangenheit sein wird. Derzeit wird heftig gerungen um die Perspektive des Landes. Ein Konzept für die wirtschaftliche Zukunft beschreibt Mecklenburg-Vorpommern als »Garten der Metropolen«, als Quelle und Produzent dringend benötigter Ressourcen, zu denen zunehmend auch regenerativ gewonnene Energie zählen wird. Ein Garten kann seinen Zweck aber nur erfüllen, wenn er gut gepflegt und bestellt wird. Ein ausgelaugtes Land nutzt auf Dauer niemandem.

Eine andere Vision für die Zukunft des Landes beruft sich auf einen prognostizierten massiven Bevölkerungsschwund und schlägt den forcierten Rückbau der Infrastruktur im ländlichen Raum vor, bis hin zur planmäßigen Entvölkerung ganzer Regionen und ihrer Deklaration als Naturreiservat sowie Energiesonderzone.¹

Kennen Sie das Dilemma von Unheils-Propheten? Wenn sie ihrem Auftrag wirklich gerecht werden, dann sind sie *falsche* Propheten, denn ihre Prophezeiungen treten nicht ein. Die aufgerüttelten Menschen haben dann alles getan,

um das prophezeite Unheil abzuwenden. Und das kann funktionieren, das lehrt die Geschichte von Jona. Andererseits, wenn ihre Unheilsprophezeiungen eintreten, dann sind sie *schlechte* Propheten, denn sie haben das Unglück nicht verhindern können.

Es gibt allerdings noch eine dritte Art der Prophetie, die sich selbst erfüllende Prophezeiung. Prognostiziert wird zum Beispiel ein Bevölkerungsrückgang. Die Konsequenz ist der entsprechende Rückbau der Infrastruktur. Darauf folgt, ob vorgesehen und gewünscht oder nicht, ein weiterer Bevölkerungsschwund. Immer mehr Menschen gehen, weil sie in einem Land, in dem die Infrastruktur und die Institutionen der Daseinsvorsorge abgebaut werden, nicht leben können. Was anfangs vernünftig und verantwortungsvoll erschien, wird nun zum unvermeidlichen Beginn einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Der prognostizierte Rückgang der Bevölkerung führt zu Rückbau, und der Rückbau unweigerlich zum faktischen Bevölkerungsrückgang.

Niemand kennt die Zukunft. Auch modernste wissenschaftliche Prognosen entstehen lediglich durch Fortschreibung der Gegenwart und beruhen auf zahlreichen durchaus ungewissen Annahmen. So beträgt beispielsweise die tatsächliche Abwanderung in Mecklenburg-Vorpommern 2012 saldiert nur etwa ein Zehntel der in der 4. Aktualisierten Landesprognose erwarteten Zahl. Für 2013 ist sogar erstmals ein Zuwanderungsplus zu erwarten. Doch selbst mit dem ursprünglich prognostizierten Rückgang der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern bis 2030 auf 1,48 Millionen Einwohner entspräche die Einwohnerzahl dann immer noch in etwa dem Stand von 1939.

Mecklenburg-Vorpommern im »Sog der Metropolen« oder im »Kraftfeld Ostseeraum«? Warum tun wir nicht alles, damit aus *schlechten* Unheils-Propheten *falsche* Propheten werden? Und vor allem: Hüten wir uns vor sich selbst erfüllenden Unheilsprophezeiungen.

¹ Eva Kuhn und Reiner Klingholz, Berlin-Institut und IASS Potsdam (2013), Vielfalt statt Gleichwertigkeit.



Der Leuchtturm am Kap Arkona auf Rügen.



Großes Interesse bei Landwirten: eine Veranstaltung der »Greifswalder Agrarinitiative«.

Kirchenland und die Zukunft der Schöpfung

Die Kirchengemeinden der Nordkirche verpachten derzeit rund 55.000 Hektar zur landwirtschaftlichen Nutzung. Die Flächen haben für die Gemeinden und die örtlichen Pächter oft große wirtschaftliche Bedeutung. Doch wie steht es um Nachhaltigkeit und Umweltschutz auf Kirchenland? Einen neuen Weg zeigt hier die »Greifswalder Agrarinitiative« auf.

Von Ulrich Ketelhodt

Die Verpachtung von Kirchenland findet verstärkt öffentliches Interesse, und das hat viele Gründe. An erster Stelle stehen die gestiegenen Pacht- und Kaufpreise für Ackerland. Zum einen ist Land bei instabiler Wirtschaftslage auch für Nichtlandwirte eine sichere Geldanlage. Zum anderen werfen Biogasanlagen so viel Ertrag ab, dass die Betreiber sehr hohe Pachten für Land zahlen können, auf dem dann zum Beispiel Mais als »Futter« für die Mikroben in den Biogasfermentern angebaut wird.

Angesichts dieser Entwicklung verwundert es nicht, dass die Nordkirche als Landbesitzerin zu ihrer Verpachtungspraxis befragt wird. Gut 55.000 Hektar verpachten die Kirchengemeinden der Nordkirche derzeit. Zum Vergleich: Die landwirtschaftliche Nutzfläche in Schleswig-Holstein beträgt knapp eine Million Hektar.

Landverpachtung nach Kirchenkreisen in der Nordkirche (Zahlen gerundet)

Kirchenkreise in Schleswig-Holstein und Hamburg	Kirchenkreis Mecklenburg	Kirchenkreis Pommern
13.000 ha	22.000 ha	22.000 ha

Man kann es nicht oft genug sagen: Die Flächen sind Eigentum der Kirchengemeinden. Die Landeskirche setzt über die Verfassung und die Kirchengemeindeordnung einen Rah-

men für die Verpachtung. Aber alles Weitere sind Empfehlungen an die Gemeinden. Es gibt einen Musterpachtvertrag, den die Gemeinden bei Bedarf an ihre lokalen Bedingungen und Traditionen anpassen können.

Oft taucht der Wunsch auf, die Kirche solle die Verpachtung an Bedingungen knüpfen: keine Aussaat gentechnisch veränderter Pflanzen, Pachtverträge nur mit Ökobauern, Einschränkung des Maisanbaus für Biogasanlagen und keine Verpachtung an Betriebe mit sehr großen Mastställen. Im Einzelfall sorgen diese Ansprüche in den Kirchengemeinderäten zu langen Diskussionen und Konflikten, denn die Interessen gehen häufig quer durch die ehrenamtlichen Gremien und die Dorfgemeinschaft. Was Bewahrung der Schöpfung vor Ort heißt, dazu gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen, die mit den Argumenten der Wirtschaftlichkeit und der Arbeitsplätze verknüpft sind. Hier kann die Liegenschaftsabteilung des jeweiligen Kirchenkreises helfen, aber entscheiden muss letztlich die Landbesitzerin, also die Kirchengemeinde.

Die »Greifswalder Agrarinitiative« startet nicht mit einem fertigen Konzept, sondern verfolgt den anspruchsvollen Ansatz, die Ideen gemeinsam mit den Landwirten und den Landbesitzern zu entwickeln.

Einen weiten Blick auf die Verpachtung von Kirchenland ermöglicht ein Projekt der Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur, das seit 2013 landwirtschaftliche Flächen in der Region Greifswald zusammenbringen möchte. An der »Greifswalder Agrarinitiative« sind mehrere Landbesitzer beteiligt: die Hanse- und Universitätsstadt Greifswald, die Ernst-Moritz-Arndt-Universität, die Peter-Warschow-Sammelstiftung und die Domgemeinde St. Nikolai. Weitere Kirchengemeinden im Umkreis von etwa 20 Kilometern sind im Gespräch mit der Initiative. Die Naturschutzstiftung bringt Verpächter und Pächter zusammen, um gemeinsam über die Bewirtschaftung der insgesamt etwa 10.000 Hektar zu spre-

chen und dem nachhaltigen Umgang mit dem kostbaren Gut »landwirtschaftlicher Grund und Boden« noch mehr Raum zu geben.

Der Biologe Thomas Beil organisiert als Projektkoordinator Gesprächsrunden zu Themen wie Bodenfruchtbarkeit, Gewässer- und Klimaschutz, biologische Vielfalt, Kulturlandschaft, regionale Wertschöpfung und tiergemäße Tierhaltung. Das Vorhaben startet nicht mit einem fertigen Konzept, sondern verfolgt den anspruchsvollen Ansatz, die Ideen gemeinsam mit den Landwirten und den Landbesitzern zu entwickeln. Nicht die Unzufriedenheit mit den Pächtern ist der Anlass für diese Initiative, sondern der Versuch, die Kleinteiligkeit zu überwinden und mit gemeinsamen Zielen mehr Nachhaltigkeit auf den Flächen zu ermöglichen.

Dabei geht es zunächst um Vertrauensbildung und im nächsten Schritt um eine Bestandsaufnahme: Wie werden die Flächen derzeit genutzt? Und wie sehen die Rahmenbedingungen und Programme aus, die eine nachhaltige Landwirtschaft bereits ermöglichen? Die aktuelle Reform der EU-Agrarpolitik setzt einige neue Akzente für eine umweltschonendere Landbewirtschaftung. Die Tragweite dieser veränderten Regeln, Auflagen und Angebote diskutieren die Projektpartner intensiv.

Die »Greifswalder Agrarinitiative« ist ein sehr ambitioniertes Vorhaben und bietet die Chance, über die Bündelung der Flächen und Interessen Großes zu bewegen. Die Initiatoren wollen nicht weniger als eine Modellregion schaffen. Was nicht verwundert, denn treibende Kraft des Projekts ist Prof. Dr. Michael Succow, Träger des alternativen Nobelpreises. Die Initiative ist ein Beispiel, das Schule machen soll. Die wissenschaftliche Begleitung haben zwei Institute der Greifswalder Universität übernommen, sodass die einzelnen Schritte dokumentiert und ausgewertet werden und für Nachahmer in anderen Regionen verfügbar sind.

Informationen zur »Greifswalder Agrarinitiative«:
www.succow-stiftung.de

Weitere Informationen zur Verpachtung von Kirchenland beim Verfasser.

Stille Tage zwischen den Meeren

Passen ruhige Feiertage noch in die moderne Gesellschaft? Ja, meint der KDA. Denn sie sind eine Chance, aus dem Alltag herauszutreten, zu entschleunigen und sich anderen Erfahrungen zu öffnen. Aber darf der Staat Stille Tage durch ein Gesetz schützen? Ebenfalls ja, denn auch ein freiheitlicher Staat kann wertorientiert entscheiden.

Von Pastor Oliver Stabenow

Leidenschaftliche Diskussion im Kieler Landtag

Am 12. Dezember 2013 gab es im Kieler Landtag eine emotionale Debatte über die Stillen Feiertage. Das Sonn- und Feiertagsgesetz verbietet öffentliche Veranstaltungen, die nicht dem ernsten Charakter der Stillen Tage entsprechen: am Karfreitag ganztägig sowie am Volkstrauertag und Totensonntag ab 4 Uhr morgens. Die Piraten wollen diese Schutzbestimmungen nun deutlich rupfen und auf einige Stunden am Tag reduzieren. Man kann »Menschen nicht zum Trauern zwingen«, meinte der Pirat Patrick Breyer und wehrte sich gegen einen angeblichen »Ernsthaftigkeits-Zwang«. Für Innenminister Andreas Breitner (SPD) dagegen bereichern diese Tage die Gesellschaft, »weil sie in einer immer lauterem und schrilleren Zeit kollektive Ruhepunkte der Einkehr und Besinnung bieten«. Der Antrag wurde an den Rechts- und Innenausschuss verwiesen. Dort wird eine Expertenanhörung stattfinden, zu der auch der KDA eingeladen ist. Dabei geht es um die Frage, ob kollektive Tage der Besinnung in der modernen Gesellschaft noch eine Bedeutung haben und inwieweit ein liberaler Staat das Recht hat, sie festzusetzen. Beide Fragen sollten mit »Ja« beantwortet werden, und das u. a. aus folgenden Gründen.

Die Stillen Tage – eine kulturelle Leistung

Die Stillen Feiertage in Schleswig-Holstein sind eine Entscheidung unserer Gesellschaft, sich drei Tage zu leisten, die in besonderer Weise der Besinnung und dem Nachdenken dienen. Die Entscheidung haben in unserer repräsentativen Demokratie die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter getroffen. Sie findet in ihrer modernen, vor zehn Jahren im Landtag beschlossenen Fassung große Zustimmung in der Bevölkerung. Die Stillen Feiertage sind mit dem Tod verbunden und damit auch mit der Erfahrung unserer eigenen Endlichkeit. Sie bieten einen Rahmen, um sich an verstorbene Freunde und Verwandte zu erinnern, an Personen, die einen prägten, und Menschen, die man liebgewonnen hat. Sie dienen dem Gedenken der Opfer von Krieg, Gewalt und Verbrechen, von Naturkatastrophen und von großen Unglücken, die durch menschliches Versagen verursacht sind.

Das Verbot lauter öffentlicher Veranstaltungen an diesen drei Tagen schafft einen gemeinsamen Ruhe-raum, der allen die Möglichkeit gibt, zu entschleunigen und zur Ruhe zu kommen.

Menschen sind keine Sozialatome, sondern Beziehungswesen – einmalige Personen und zugleich soziale Persönlichkeiten. Das verlangt neben individuellen Freiräumen

auch nach kollektiv gestalteten Bereichen in der Gesellschaft. Das Verbot lauter öffentlicher Veranstaltungen an diesen drei Tagen schafft einen gemeinsamen Ruheraum, der Einzelnen und Paaren, Familien, Freundeskreisen und größeren Sozialverbänden die Möglichkeit gibt, zu entschleunigen und zur Ruhe zu kommen. Es bietet auch die Chance, die Erfahrung der eigenen Endlichkeit und der Begrenztheit der Möglichkeiten als Gestaltungsaufgabe anzunehmen. Dazu gehört, dass wir ganze Tage der Ruhe haben und nicht nur einzelne Stunden, die besonders geschützt sind. Menschen leben im Rhythmus des Tages vom Aufwachen bis zum Schlafengehen und nicht im schnellen Takt der Stunde. Neben dem Schutz von Gottesdiensten, religiösen Feiern, privater Besinnung und Friedhofsbesuchen geht es um die Möglichkeit, überhaupt zur Ruhe zu kommen, um sich den besonderen Erfahrungsmöglichkeiten dieser Tage zu öffnen. Dazu helfen die gesetzlichen Vorschriften. Sie ermöglichen, am Vortag die übliche Betriebsamkeit zu beenden, am Stillen Tag zur Ruhe zu finden und am Folgetag wieder in die Betriebsamkeit zurückzukehren.

Individuell gewählte und kollektiv vereinbarte Zeiten der Besinnung ergänzen sich. Eine Gesellschaft jedoch, die dem Einzelnen bloß gewährt, für sich alleine zu trauern, verkennet den Sozialcharakter des Menschen und verkürzt ihn auf bloße Individualität.

Jeder hat Verstorbene, jeder trauert, und jeder erlebt die Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten. Aufgrund dieser Gemeinsamkeiten erfahren Menschen, dass sie trotz vielfältiger Unterschiede ein »Wir« bilden. Das schafft Verbundenheit, und es entstehen Impulse zu solidarischem Handeln und gemeinsamer Gestaltung der Gesellschaft. Die Stillen

Feiertage sind Folge eines solchen Impulses. Ihre gesetzliche Verankerung ist das Ergebnis gesellschaftlichen Handelns, das aufgrund gemeinsamer Interessen geschieht und Menschen verbindet trotz ihrer Verschiedenheit. Auch in Schleswig-Holstein gab es in den 1950er-Jahren den starken gesellschaftlichen Willen, gemeinsam der Verstorbenen und der Opfer des Krieges zu gedenken. Er konkretisierte sich in dem Gesetz über Sonn- und Feiertage vom 12. Dezember 1953. Dessen modernisierte Fassung vom 28. Juni 2004 ist von den gleichen Motiven geprägt. Sie bildet einen zeitgemäßen Rahmen für gemeinsame Besinnung auf das Selbst des Menschen und stellt eine kulturelle Leistung dar.

Die Normen, die die Stillen Tage schützen, sind ein Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte.

Doch die Verhältnismäßigkeit in der Abwägung zwischen individuellen Interessen und dem Gemeinwohl bleibt dabei gewahrt.

Die Stillen Tage – eine wertorientierte Entscheidung

Die Normen, die die Stillen Tage schützen, sind natürlich ein – wenn auch geringfügiger – Eingriff in die individuellen Freiheitsrechte, der aber die Verhältnismäßigkeit in der Abwägung zwischen individuellen Interessen und dem Gemeinwohl wahrt. Doch man kann nicht leugnen: Es ist ein Eingriff. Die Normen verhindern, dass jemand an drei

bestimmten Tagen im Jahr in der Disco tanzen kann, obwohl er es möchte. Die folgenden Gedanken dazu sind explizit nicht juristisch gemeint, sondern in der politischen Philosophie angesiedelt.

Man könnte das Problem auch so formulieren: Darf der Staat individuelle Lebensformen bewerten und sagen, der Lebensstil, an drei Tagen im Jahr in besonderer Weise zur Ruhe zukommen, sei vorzugswürdig – und dann einen Rahmen schaffen, der die Bürger anregt, so zu handeln? (Mehr ist es ja nicht, da jeder im privaten Rahmen weiter feiern kann.)

Manche meinen, diese Haltung sei anti-liberal. Eine Politik, die Menschen beeinflusst, über sich selber nachzudenken, sei nicht freiheitlich. Denn ein freiheitlicher Staat dürfe keine eigenen Werte vertreten, sondern nur Regeln schaffen, wie Menschen mit verschiedenen Vorlieben miteinander auskommen können. Er müsse neutral sein.

Das verkürzt jedoch den politischen Liberalismus, der immer von Werthaltungen durchdrungen war. Insbesondere fordert er eine Kultur der Toleranz. Toleranz ist aber keine Neutralität, sondern eine inhaltlich gefüllte Haltung, zu der Gelassenheit, Nachsicht und überhaupt eine positive Grundeinstellung gegenüber anderen gehören. Sie verträgt sich mit der Überzeugung, im öffentlichen Bereich in gewissem Umfang eine bestimmte Einstellung für vorzugswürdig zu halten.

Erst in den 1970er-Jahren ist – parallel zu neoliberalen Wirtschaftskonzepten – eine neutral-liberale politische

Theorie zu Einfluss gekommen. Sie statuiert, der Staat dürfe nicht mehr als einen Rechtsrahmen schaffen, innerhalb dessen jeder Bürger seinen eigenen Idealen folgen kann, sofern es die Freiheit der anderen nicht behindert, ebenso zu handeln. Interessanterweise wird diese Theorie nirgendwo in Reinform umgesetzt. Kein zivilisierter Staat ist wertneutral, und das aus guten Gründen. Unser Land verbietet Handel und Abgabe von gefährlichen Drogen, obwohl Drogenabhängige formal gesehen »ihren Weg« gehen und (außer ggf. durch bestimmte kriminelle Handlungen) niemanden davon abhalten, andere Lebenswege einzuschlagen. Deutschland verbietet gefährliche Drogen aber nicht primär, um Schaden von Dritten abzuwenden, sondern weil es nicht will, dass Menschen sich aller Dinge berauben, die ein Leben in Würde ausmachen. Die Vorschriften in diesem Bereich sind in Gesetz gegossenes Interesse anderen Menschen gegenüber.

Der demokratische Staat hat gute Gründe, wertorientierte Entscheidungen zu treffen.

Dieses Beispiel aus einer Grenzsituation gesellschaftlichen Lebens zeigt schlaglichtartig, warum der demokratische Staat gute Gründe hat, wertorientierte Entscheidungen zu treffen. In anderen Bereichen macht der Staat seinen Bürgern Angebote, die wertebasiert sind und schafft einen Rahmen, damit sie individuell und gemeinschaftlich realisiert werden können. Die in Schleswig-Holstein geltenden Schutzbestimmungen für die Stillen Tage gehören dazu.

Die Stillen Tage – ein Ausdruck gesellschaftlich geteilter Überzeugungen

Von den drei Stillen Tagen ist nur der Volkstrauertag ein säkularer Feiertag. Der Totensonntag wurde von einem preußischen König eingeführt, hat aber christliche Grundierung, und der Karfreitag ist hoher kirchlicher Feiertag. Deshalb muss man sich der Frage stellen, ob dies eine unangemessene kulturelle Dominanz des Christlichen bedeutet. In Deutschland und allen anderen Ländern, die historisch bedingt von einer Religion am stärksten geprägt sind, ist dieser Glaube präsenter im Leben der Menschen als andere Religionen und Weltanschauungen. Das ist eine Tatsachenfeststellung, aber keine normative Aussage über ein »besser« oder »schlechter«. Menschenbild und Wertvorstellungen sind in Deutschland und in seinem nördlichsten Bundesland überwiegend christlich geprägt. Daher ist das Christentum auch als primärer, aber nicht alleiniger Bezugsrahmen für den öffentlichen Festkalender geeignet.

Entscheidend ist, dass diese Präsenz mit Toleranz im oben beschriebenen Sinn verbunden wird. In genau diesem Sinne stellen der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage mit christlichem Hintergrund offene, tolerante Angebote an alle Menschen dar, sie als Tage der Ruhe und seelischen Erhebung entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen zu begehen. So werden sie auch angenommen.

Auf den jüdisch-christlich geprägten Sonntag will – Gott sei Dank – niemand verzichten.

Kommunen und Regionen: Handlungsfelder für eine Neue Wirtschaftsdemokratie

Die wirtschaftliche Lage gibt – aus einer nachhaltigen und sozialökonomischen Perspektive – wenig Anlass zum Optimismus. Viele Menschen spüren das und wehren sich gegen die neoliberale Ökonomisierung des täglichen Lebens, um sich ein Stück Gesellschaft und Gemeinschaft zurückzuerobern. Die Kommunen und Regionen sind dabei ein wichtiges Handlungsfeld.

Von PD Dr. Ralf Ptak

Seit der vordergründig gut überstandenen Wirtschaftskrise von 2008/2009 wird im Mainstream der öffentlichen Meinungsbildung Deutschlands ein wenig nachvollziehbarer Optimismus befördert, der von autistisch anmutenden Wahrnehmungsstörungen der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Lage geprägt zu sein scheint. Die im globalen Kontext diskutierten strukturellen ökonomischen Probleme werden in den deutschen Debatten zu Wirtschaft, Arbeit und Globalisierung als Miesmacherei, bestenfalls als intellektuelle Randprobleme wahrgenommen.

Dabei ist die sozioökonomische und ökologische Lage strukturell instabil:

- _ Die Finanz- und Eurokrise ist infolge der nur minimalen regulativen und ordnungspolitischen Konsequenzen keineswegs überwunden.
- _ Das auf Export ausgerichtete deutsche Wachstumsmodell stützt sich auf eine funktionierende, d. h. nachfragefähige und -willige europäische und globale Wirtschaft, deren konjunkturelle Aussichten allerdings wenig Anlass zu unbedingtem Optimismus geben.
- _ Die seit der Krise wiedererstarbte Standort- und Wettbewerbspolitik verdrängt eine vorausschauende und nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik.
- _ Die vermeintlich gute Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist eine Mogelpackung: Bei gleichbleibendem Arbeitsvolumen erleben wir eine Aufsplitterung der Arbeit in immer mehr (ungewollte) Teilzeitbeschäftigung, die massenhaft unter prekären Bedingungen und im Niedriglohnbereich erfolgt.

- _ Die soziale Ungleichheit (u. a. Einkommen, Vermögen, Bildungschancen) nimmt in Deutschland in bisher unbekanntem Ausmaß und mit hohem Tempo zu.
- _ Die öffentlichen Investitionen befinden sich mit einer Quote von etwa 17 % des Bruttoinlandsprodukts auf einem historischen Tiefstand in der Bundesrepublik Deutschland und führen mittlerweile zum Substanzverlust der öffentlichen Infrastruktur (z. B. Nord-Ostsee-Kanal).

Auch wenn die Zusammenhänge oftmals im Einzelnen schwierig nachzuvollziehen sind, spüren die Menschen gleichwohl, dass der eingeschlagene wirtschaftliche Entwicklungsweg zentrale gesellschaftliche Probleme verschärft und die Früchte dieser Dynamik immer ungleicher verteilt werden. In einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom November 2013 sagen 61 % der Befragten, dass die soziale Gerechtigkeit in den vergangenen drei bis vier Jahren abgenommen habe. 71 % betrachten beispielsweise das Wohnen als ein marktunabhängiges Grundrecht und fordern deshalb eine staatliche Preisobergrenze.

Immer mehr Menschen – im Übrigen überwiegend Nicht-Ökonomen – nehmen ihre wirtschaftlichen Geschicke selbst in die Hand und suchen nach wirtschaftspolitischen Alternativen auch im Kleinen.

Dass die Veröffentlichung dieser Ergebnisse in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit der polemischen Überschrift »Stille Liebe zur Planwirtschaft«¹ titulierte wurde, zeugt von einem marktwirtschaftlich verengten, ideologisch geprägten Freiheitsverständnis neoliberaler Provenienz, das schon Karl Polanyi in seinem großen Werk »The Great Transformation« scharf kritisiert hat: »Planung und Kontrolle werden als Verleumdung der Freiheit angegriffen. Freies Unternehmertum und Privateigentum werden als Wesensmerkmale der Frei-

¹ Institut für Demoskopie Allensbach (2013), Stille Liebe zur Planwirtschaft. In: FAZ vom 27. November.

² Karl Polanyi (1944/1997), The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 4. Aufl., Frankfurt (M.), S. 339.

heit deklariert, und es heißt, keine auf anderen Grundlagen errichtete Gesellschaft verdiene es, frei genannt zu werden. Die durch Regelung geschaffene Freiheit wird als Unfreiheit denunziert; die Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlfahrt, die sie bietet, werden als Tarnung der Versklavung verspottet.«²

Aber die Menschen wehren sich gegen die neoliberale Ökonomisierung des täglichen Lebens, um sich ein Stück Gesellschaft und Gemeinschaft zurückzuerobern. Ein Ausdruck davon ist die breite gesellschaftliche Debatte über die Grenzen des Wirtschaftswachstums und damit den Sinn des wirtschaftlichen Handelns, weil das Versprechen vom »Wohlstand der Nationen« (Adam Smith) kaum mehr erfüllt, im Gegenteil der Schaden an Mensch und Natur immer offensichtlicher wird. Das Spektrum der Wachstumskritik ist vielfältig: Manche fordern eine qualitative Steuerung des Wirtschaftswachstums entlang demokratisch bestimmter gesellschaftspolitischer Ziele. Andere halten angesichts der globalen Umweltkrise eine Reduzierung des Wachstums für notwendig und machen sich Gedanken über die Möglichkeiten einer Postwachstumsökonomie. Immer mehr Menschen – im Übrigen überwiegend Nicht-Ökonomen – nehmen ihre wirtschaftlichen Geschicke selbst in die Hand und suchen nach wirtschaftspolitischen Alternativen auch im Kleinen. Neue oder wieder aufgelegte Alternativkonzepte sind in der Diskussion³: Solidarische Ökonomie, Gemeinwohlökonomie, Care-Ökonomie und Vorsorgendes Wirtschaften aus dem feministischen Spektrum oder die Wiederbelebung des Gedankens der Allmende, die durch die Forschungsarbeiten der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom angeregt wurde und viele Initiativen für eine neue politische Kultur der Gemeingüter in Gang gesetzt hat.

Man kann diese Entwicklung durchaus als Ausdruck einer beginnenden Bewegung für eine Neue Wirtschaftsdemokratie interpretieren, die sich nicht allein auf die traditionelle (wenn nach wie vor bedeutende) betriebliche Mitbestimmung beschränkt. Viele Menschen wollen nicht länger einsehen, dass das gesellschaftliche Subsystem Wirtschaft eine demokratiefreie Zone sein soll. Deshalb geht es um umfassende Beteiligungsformen von Konsumenten oder Produzenten, nicht nur um die Wahrung von Schutzrechten, sondern auch und gerade um die Beteiligung an Entscheidungen über das Was und Wie der Produktion und damit um die Ziele und Folgen des wirtschaftlichen Handelns.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass gerade die Regionen mit den Kommunen als politischen Verwaltungseinheiten das maßgebliche Terrain entsprechender Initiativen darstellen. Hier ist der konkrete Lebensraum der Menschen, hier sind die negativen (oder positiven) Effekte des Wirtschafts-

prozesses unmittelbar zu spüren. Dabei liegen die Schwerpunkte der Aktivitäten neben den Experimentierfeldern alternativer Wirtschaftspraxis (z. B. Einkaufs- oder Produktionsgenossenschaften) auf der Bereitstellung von Gemeingütern (z. B. Energieerzeugung in Bürgerhand) und vor allem in Initiativen zur Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge. Ein Beispiel ist das im September 2013 erfolgreiche Bürgerbündnis »Unser Hamburg – unser Netz«, das die Rekommunalisierung des Hamburger Stromnetzes im Rahmen eines Volksentscheids erreichen konnte.

Es war und ist eine irrwitzige Idee, die Daseinsvorsorge zu privatisieren und damit für exklusive privatwirtschaftliche Interessen zu öffnen.

Der Begriff Daseinsvorsorge steht allgemein für die existentiellen Dinge des Lebens, die Menschen in der modernen arbeitsteiligen Gesellschaft ohne jede Vorbedingung benötigen, wie etwa Wasser, gesunde Lebensmittel, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur oder Energie. »Die Daseinsvorsorge ist«, so der Namensgeber des Begriffs, Ernst Forstthoff, »wesentlich auch eine soziale Funktion. Es kommt nicht nur darauf an, daß sie den Menschen unserer Tage zu ihrem Teil ihre daseinswichtigen Dienste leistet, sondern auch, unter welchen Bedingungen das geschieht. Hier sind dem Gewinnstreben Schranken gesetzt, die der Wirtschaft fremd sind, und es müssen auch Risiken eingegangen, Wechsel auf die Zukunft gezogen werden, zu denen sich die Wirtschaft nicht veranlaßt sehen würde.«⁴ Deshalb war und ist es eine irrwitzige Idee, die Daseinsvorsorge zu privatisieren und damit für exklusive privatwirtschaftliche Interessen zu öffnen. Das merken immer mehr Menschen und wehren sich deshalb konkret und praktisch gegen die Folgen von 30 Jahren neoliberalen Gesellschaftsexperiment. Dabei sind es die Regionen und Kommunen, in denen die gesellschaftliche Einbettung der Ökonomie Stück für Stück zurückerobert wird, bis hoffentlich eines Tages auch die »große« Politik auf nationaler und globaler Ebene zur Korrektur des neoliberalen Wahnsinns bereit sein wird.

³ Einen ersten, wenn auch unvollständigen Überblick liefert Giesela Notz (2012), *Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt*, Stuttgart.

⁴ Ernst Forstthoff (1958), *Die Daseinsvorsorge und die Kommunen*, Köln, S. 14.

Arbeit und Gesundheit in Europa

Im Oktober 2013 fand im italienischen Bologna das 13. Europäische Netzwerktreffen »Arbeit & Gesundheit« statt. KdA-Referentin Angelika Kähler war dabei. Sie berichtet über die Themen-Workshops, die Betriebsbesuche und die Forderungen der Konferenz zum Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Von Angelika Kähler

Rund 120 Menschen aus 19 Nationen kamen in Bologna zusammen. Neben den Teilnehmenden aus Europa waren auch internationale Gäste dabei: aus Indien, Bangladesch, Südafrika, China, Brasilien und den USA. Insbesondere durch ihre Beiträge wurde deutlich, welche gravierenden qualitativen Unterschiede beim Arbeits- und Gesundheitsschutz bestehen. Nicht zuletzt durch die Berichterstattung über die Zustände in den Textilfabriken in Bangladesch, wo bei Unfällen schon zahlreiche Menschen starben, rückt ins Bewusstsein, dass hier vermeintliche »Kostenvorteile« gnadenlos ausgenutzt werden.

Der Mensch gilt als Produktionsfaktor, der möglichst viel erbringen soll, aber immer weniger kosten darf.

Der Mensch als Produktionsfaktor, der möglichst viel erbringen soll, aber immer weniger kosten darf: Das war auch ein Fazit des Workshops »Beurteilung von Stressrisiken am Arbeitsplatz – Methoden, Ergebnisse und Perspektiven«, an dem ich teilgenommen habe. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe kamen aus acht Ländern; insbesondere Deutschland, Österreich, Dänemark und England waren gut vertreten.

Schnell wurde deutlich: Die Probleme sind ähnlich, vor allem die Zunahme psychischer Belastungen durch die Arbeit. Dies mündete in eine grundsätzliche Diskussion über

die Art und Weise, wie Wirtschaft gestaltet und ausgerichtet ist. »Menschen und Menschlichkeit müssen mehr im Vordergrund stehen. Wirtschaft muss für den Menschen da sein – und nicht umgekehrt der Mensch für die Wirtschaft!«, so die Aussage einer Teilnehmerin aus Österreich, die auf große Zustimmung traf.

Weitere Stichworte aus der Debatte:

- _ Wie können Menschen Menschen bleiben?
- _ Die Demokratie wird zunehmend ausgehöhlt.
- _ Korruption ist auf dem Vormarsch.
- _ Das Geld regiert.
- _ Gesundheit ist auch ein Geschäft, das kranke Menschen braucht.

Als eine Methode zur Erhebung bzw. Sensibilisierung stellte eine niederländische Gewerkschaftskollegin einen sogenannten Quick-Test vor. Er kann erste Stressrisiken deutlich machen und dafür sensibilisieren, eventuell für Veränderung zu sorgen. Perspektivisch wurde deutlich: Neben Anstrengungen im Betrieb vor Ort braucht es auch politisches Engagement.

In einem anderen Workshop ging es unter anderem um den Zusammenhang von Asbest und Krebs. Asbestose und die schwierigen, vor allem langwierigen Verfahren zur Anerkennung von Berufsunfähigkeit spielen nach wie vor eine große Rolle. Asbest ist bei uns mittlerweile verboten, aber ein weltweites Verbot konnte noch nicht durchgesetzt werden. So bergen Altlasten hier und Importe von asbesthaltigen Produkten etwa aus China weiterhin die Gefahr, an Asbestose zu erkranken; und vor allem die Produktion in außereuropäischen Regionen wird nach wie vor Menschenleben kosten.

Außer den Themen-Workshops standen auch Betriebsbesuche auf dem Programm. Zum Beispiel bei BRT, einem Logistik-Unternehmen mit langer Tradition. Es ist nicht nur in Italien tätig, sondern auch in weiten Teilen Europas (in Zusammenarbeit mit EuroExpress und DPD) und über den Luftfrachtdienst FedEx sogar weltweit.

Bei den Arbeitsplätzen gilt: Ebenso wie in Deutschland wird die Zustellarbeit durch »selbstständige« Fahrer erbracht, die unter der Kontrolle von BRT stehen. Die Fahrzeuge gehören der jeweils beauftragten Firma bzw. dem Fahrer, denn häufig besteht die Firma nur aus ihm. Die Container-Aufsätze stellt BRT. Das sorgt für ein einheitliches Erscheinungsbild. Weniger einheitlich ist die Risikoverteilung: Hat BRT keine oder nicht genügend Aufträge für eine Region, gehen die Fahrer schon mal leer aus. Für das Unternehmen ist hohe Flexibilität wichtig. Für die Fahrer bedeutet das große Unsicherheit, wahrscheinlich gepaart mit einem hohen Grad an Selbstausbeutung, wenn die Auftragslage gut ist, um für schlechtere Zeiten vorzusorgen.

Beim Arbeits- und Gesundheitsschutz von BRT sind ein paar Standards gesichert: Es gibt einen Betriebsarzt, Sicherheitsingenieure und andere »safety experts«. Zur Vorbeugung von Unfällen werden Kontrollen durchgeführt und Supervision angeboten; so gibt es eintägige Sicherheitstrainings. Bei den Trainings wird zunehmend E-Learning genutzt. Hier wird also auf klassischen Arbeitsschutz gesetzt, der möglichst kostengünstig organisiert wird. Darüber hinaus gibt es aber keine Angebote, etwa bei psychischen Belastungen.



Beim Abschlussplenum in Bologna.

Anders ist das beispielsweise bei Lamborghini, wo u. a. seit dem schweren Erdbeben in Italien im Mai 2012 verstärkt psychosoziale Beratung angeboten wird. Zudem wird mittels Fragebögen und Gesundheitszirkeln an einem ganzheitlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz gearbeitet.

Arbeitsplätze müssen für alle Menschen gleich geschützt sein: ob dort Männer oder Frauen arbeiten, ob es gute oder prekäre Jobs sind, ob sie sich in großen oder kleinen Unternehmen befinden!

Im Abschlussplenum wurde die internationale Solidarität spürbar, die sich durch die ganze Tagung zog. Arbeitsplätze müssen für alle Menschen gleich geschützt sein: ob dort Männer oder Frauen arbeiten, ob es gute oder prekäre Jobs sind, ob sie sich in großen oder kleinen Unternehmen befinden! Die Konferenz plädierte für einen ganzheitlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz für jeweils ganze Produktionsketten. Und Prävention sollte von Anfang an erfolgen, d. h. auch in Schule und Ausbildung.

Dies ist auch vor dem Hintergrund wichtig, dass wir gesunden Nachwuchs nicht nur für die Wirtschaft brauchen, sondern auch für gesellschaftliches Engagement, für die Interessenvertretung in Gewerkschaften und Netzwerken wie dem unseren. Eine große Herausforderung!

Das nächste europäische Netzwerktreffen »Arbeit & Gesundheit« findet 2016 voraussichtlich in den Niederlanden statt.

So tickt die Generation Y

Sie ist mit dem Internet aufgewachsen und kommuniziert im Social Web: die Generation Y. Der Begriff bezeichnet die Jahrgänge von 1981 bis 2000. Die Generation Y fordert einen Umbruch in der Berufswelt und in der Gesellschaft insgesamt. Sie hält dabei den Trumpf der Demografie in der Hand, Selbstbestimmung ist ihr Statussymbol. Wir haben den Trendforscher Walter Matthias Kunze gefragt: Was erwartet die Generation Y von der Arbeitswelt und wie kann insbesondere Kirche an Bedeutung für sie gewinnen?

Wie beschreiben Sie die Generation Y?

Die Generation Y ist in ihrem Heranwachsen in das Internet hinein sozialisiert und eng damit verwoben. Ihr Leitmedium ist das Social Web, das bedeutet die sofortige und ständige Verfügbarkeit von Informationen sowie einen schnellen Informationsaustausch. Für die Generation Y – geschult ungeduldiger und interaktiver – wäre es beispielsweise undenkbar, dass eine E-Mail nicht gleich beantwortet wird. Interessant daran ist: Die Generation Y ist die erste Generation, die zum Beispiel Facebook nutzt, um genau dieses Medium für seine »Verletzung der Privatsphäre« zu kritisieren.

Der Generation Y geht es in der Arbeitswelt weniger darum, viel Geld zu verdienen. Wichtiger ist, dass das soziale Umfeld innerhalb sowie außerhalb des Unternehmens stimmt.

Was versteht man unter »Employer Branding« im Kontext der Generation Y?

Ein Unternehmen muss sich nicht nur nach außen positiv darstellen, sondern auch nach innen für seine Mitarbeitenden. Der Mensch als soziales Lebewesen möchte sich mit den Werten seines Umfelds und seiner sozialen Gruppe identifizieren. Dieses Bedürfnis wird verstärkt durch das Internet und die Möglichkeit, über Social Media unmittelbar miteinander zu kommunizieren.

Im Klartext heißt das: Als Arbeitnehmer der Generation Y höre ich nicht nur auf das, was mir die Firma als Firmenvision verkauft, sondern es ist mir auch wichtig, dass mein Freundes- und Bekanntenkreis versteht, warum ich für gerade für dieses Unternehmen arbeite. Der Generation Y geht es in der Arbeitswelt weniger darum, viel Geld zu verdienen. Wichtiger ist, dass das soziale Umfeld innerhalb sowie außerhalb des Unternehmens stimmt und nachhaltig sozial kompatibel ist.

Was bedeuten die veränderten Ansprüche der Generation Y an Unternehmen und Arbeitswelt?

Durch die starke digitale Vernetzung sind Unternehmen transparenter geworden. Mangelnde Transparenz, beispielsweise durch das Fehlen einer Homepage, führt bei der Generation Y zu dem Verdacht, das Unternehmen habe etwas zu verstecken hat oder sei am sozialen Austausch nicht interessiert. Wenn ein Unternehmen sich selbst oder ein Produkt beispielsweise auf Facebook darstellt, besteht das Bedürfnis, sich damit zu identifizieren. Die Generation Y stellt sich mit den Unternehmen auf Augenhöhe.

Zudem stehen die Unternehmen als Arbeitgeber miteinander im Wettbewerb – nach dem Motto »Wer ist der freundlichste Mensch als Arbeitgeber?«. Das soziale Team in der Firma muss funktionieren. Für die Generation Y bedeutet der Begriff »Work-Life-Balance«, dass die eigenen persönlichen Werte akzeptiert werden. Es wird komplett eine soziale Ebene gefordert und eingefügt.

Zusammengefasst gesagt: Die Generation Y erwartet flache Hierarchien, die interaktive, nachhaltig soziale Nutzung mittels Social Media, Aufmerksamkeit und natürlich Spaß bei der Arbeit.

Welche Rolle spielt die evangelisch-lutherische Kirche für die Generation Y? Spielt sie überhaupt noch eine?

Die Kirche spielt eine Rolle, und zwar unter dem Aspekt der Wertevermittlung. Wir befinden uns in einer Zeit, in der die Außenwelt bzw. das Globale zunehmend unklarer und unübersichtlicher erscheinen. Daher orientieren sich die Menschen am Regionalen und an dem, was sie kennen. Und sie werden traditioneller bzw. konservativer. Sie greifen auf Werte zurück, die sie vielleicht gar nicht von ihren Eltern

kennen, sondern von den Groß- oder Urgroßeltern und aus Zeiten, die man als klarer und authentischer empfindet und die man gewissermaßen romantisiert.

Auf der Suche nach nachhaltig ethischen Werten und möglichen Werteanbietern werden sich die Menschen auch wieder mehr der Kirche zuwenden.

Das wird als Meta-Trend »Neue Klassik« bezeichnet. Es gibt hier drei Rahmenfaktoren und Bedürfnisse: Sicherheit, Orientierung und Stabilität – das SOS der »Informations-Overload-Gesellschaft«. Vor diesem Hintergrund hinterfragen die Menschen viele Dinge und suchen Halt sowohl im psychischen als auch im ideellen und geistigen Sinn.

Da kommt die evangelische Kirche mit ihren spirituellen und ethischen Werten ins Spiel. Auf der Suche nach nachhaltig ethischen Werten und möglichen Werteanbietern werden sich die Menschen auch wieder mehr der Kirche zuwenden und öffnen. Schlagworte sind hier: ethische Werte, Nachhaltigkeit, Abbau von Hierarchien, Vorbild sein, Idole herausstellen und Leitbilder personalisieren.

Das Gespräch führte Kerstin Albers-Joram.



Walter Matthias Kunze ist Trendforscher und Gründer von »trendquest«. Das Hamburger Unternehmen versteht sich als »Think Tank« für Trends und erstellt Studien für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Zu den Kunden zählen u. a. die Otto Group, Axel Springer und die Stadt Hamburg.

Das KDA-Team



GUDRUN NOLTE-WACKER M. A.

*Sozialpsychologin und Soziologin,
Leiterin des KDA der Nordkirche*

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1351, Fax 040 / 30 620-1359
Gudrun.Nolte-Wacker@kda.nordkirche.de



DORIS PETERSEN

Sekretariat Hamburg

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1350, Fax 040 / 30 620-1359
Doris.Petersen@kda.nordkirche.de



KERSTIN ALBERS-JORAM M. A.

*Referentin für betriebsbezogene Arbeit
und Handwerk*

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1352, Fax 040 / 30 620-1359
Kerstin.Albers-Joram@kda.nordkirche.de



PD DR. RALF PTAK

*Wirtschaftswissenschaftlicher Referent, Privatdozent
für ökonomische Bildung an der Universität Köln*

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1356, Fax 040 / 30 620-1359
Ralf.Ptak@kda.nordkirche.de



PASTORIN RENATE FALLBRÜG

Führungskräftearbeit und Unternehmensethik

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1361, Fax 040 / 30 620-1359
Renate.Fallbrueg@kda.nordkirche.de



HEIKE RIEMANN

Betriebswirtin, Regionsleiterin Hamburg

Haus der Kirche, Hölertwiete 5, 21073 Hamburg
Fon 040 / 51 90 00-942, Fax 0431 / 55 779-499
Heike.Riemann@kda.nordkirche.de



FRANK HEIDRICH M. A.

Veranstaltungs- und Bildungsmanagement

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1355, Fax 040 / 30 620-1359
Frank.Heidrich@kda.nordkirche.de



MARTINA SCHMIDT

Sekretariat Lübeck

Breite Straße 48 a, 23552 Lübeck
Fon 0451 / 891-574, Fax 0451 / 891-695
Martina.Schmidt@kda.nordkirche.de



ANGELIKA KÄHLER

*Dipl.-Sozialwirtin, Referentin für Arbeit
und Gesundheit*

Dorothee-Sölle-Haus, Königstr. 54, 22767 Hamburg
Fon 040 / 30 620-1357, Fax 040 / 30 620-1359
Angelika.Kaehler@kda.nordkirche.de



RÜDIGER SCHMIDT

*Gemeindepädagoge, Kultur- und Bildungsmanager,
Regionsleiter Lübeck/Lauenburg und Ostholstein*

Breite Straße 48 a, 23552 Lübeck
Fon 0451 / 891-574, Fax 0451 / 891-695
Ruediger.Schmidt@kda.nordkirche.de

**ULRICH KETELHODT**

*Dipl.-Ing. agr., wissenschaftlicher Referent
für Landwirtschaft und Ernährung*

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-418, Fax 0431 / 55 779-499
Ulrich.Ketelhodt@kda.nordkirche.de

**JOCHEN PAPKE**

Diakon, Regionsleiter Westküste

Markt 28, 25746 Heide
Fon 0481 / 68 91-75, Fax 0481 / 616-78
Jochen.Papke@kda.nordkirche.de

**MONIKA NEHT**

Soziologin, wissenschaftliche Referentin

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-424, Fax 0431 / 55 779-499
Monika.Neht@kda.nordkirche.de

**MICHAEL LANDEK**

Diakon, Kirchenkreis Altholstein

Am Alten Kirchhof 5, 24534 Neumünster
Fon 04321 / 498-269, Fax 04321 / 498-159
Michael.Landek@kda.nordkirche.de

**PASTOR OLIVER STABENOW**

Theologischer Referent

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-420, Fax 0431 / 55 779-499
Oliver.Stabenow@kda.nordkirche.de

**PASTOR DR. JÜRGEN KEHNSCHERPER**

Regionsleiter Mecklenburg-Vorpommern

Alter Markt 19, 18055 Rostock
Fon 0381 / 46 12-8867, Fax 0381 / 51 08-8260
Juergen.Kehnscherper@kda.nordkirche.de

**CORNELIA WILLRODT**

Sekretariat Kiel

Evangelisches Zentrum, Gartenstr. 20, 24103 Kiel
Fon 0431 / 55 779-400, Fax 0431 / 55 779-499
Cornelia.Willrodt@kda.nordkirche.de

**PASTORIN FRANZISKA WELLS**

Evangelisches Pfarramt Tutow
Platz der Einheit 1a, 17129 Tutow
Fon & Fax 039999 / 71 380
Franziska.Wells@kda.nordkirche.de

**PASTOR HARALD SCHRADER**

*Kommunikationswirt, Regionsleiter
Schleswig-Flensburg*

Mühlenstr. 19, 24937 Flensburg
Fon 0461 / 50 309-35, Fax 0461 / 50 309-55
Harald.Schrader@kda.nordkirche.de

HERAUSGEBER

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
Hauptbereich 2 für Seelsorge, Beratung und ethischer Diskurs
Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland
Königstraße 54, 22767 Hamburg

www.kda.nordkirche.de

VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT

Guðrun Nolte-Wacker

TEXT

Guðrun Nolte-Wacker, Harald Schrader, Jochen Papke, Rüdiger Schmidt,
Heike Riemann, Dr. Jürgen Kehnscherper, Ulrich Ketelhodt, Oliver Stabenow,
PD Dr. Ralf Ptak, Angelika Kähler, Kerstin Albers-Joram

Textredaktion: Detlev Brockes, www.detlevbrockes.de

GESTALTUNG UND SATZ

Und Schwarz. Designbüro
www.undschwarz.de

FOTOS

Messe Husum & Congress: Seite 7
Gollnest&Kiesel KG: Seite 13
Heike Riemann: Seite 17
Pastor Dr. Jürgen Kehnscherper: Seite 21
Greifswalder Agarinitiative: Seite 22
Angelika Kähler: Seite 31
trendquest: Seite 33
Veer: Titel, Seite 10, 18

DRUCK UND BINDUNG

NN-Druck GmbH, Kiel
Papier: RecyStar Polar
Auflage: 3000

Kiel, Mai 2014



www.kda.nordkirche.de



Evangelisch-Lutherische
Kirche in Norddeutschland

